Angehörigen Info

C 10190 6. 8. 1999 Preis: 3,00 DM 223

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Christian Klar, Gefangener aus der RAF

Zwei Briefe



Dies ist ein Auszug aus dem Brief von Christian Klar, der er in der Zeit des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien anläßlich des Europagipfels in Köln am 4.6.99 geschrieben hat.
Er beginnt mit einem Zitat von Gudrun Ensslin.

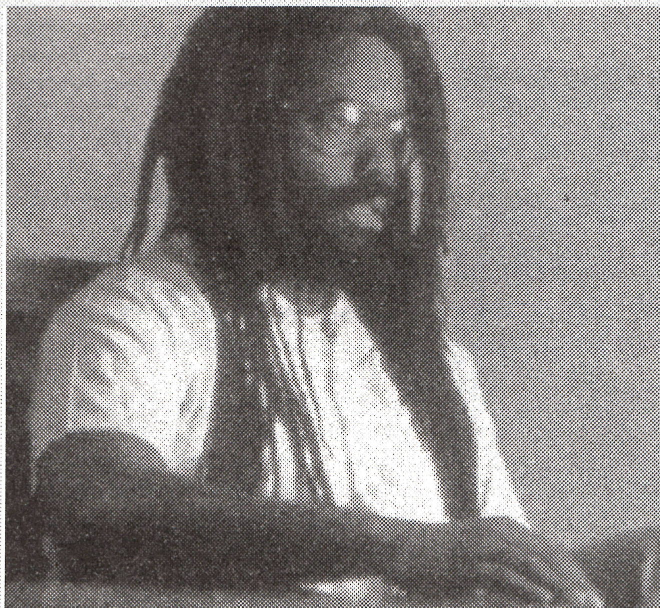
gudrun: „denn die nato kann ohne die produzierenden nicht existieren, während die produzierenden ohne apparate wie die nato leben können und wie's aussieht schon jetzt ganz und gar nur ohne sie."

bei „die produzierenden" denkt man sicher leichter erst mal an die in ost- und südeuropa.

in einem interview von oktober 1995 sagte ezin-marcos auf die frage: „wie sehen sie die welt nach dem ende des kalten kriegs?": „beirut ist ein exportartikel geworden. in jugoslawien, in russland ... das motiv der auseinandersetzungen ist angeblich der kampf zwischen den völkern. so will es die rechte im weltmassstab: die stabilität liegt in der krise. ein leben in der krise soll zur gewohnheit werden wie der tod und die bombardements." trümmer und bis zur erschöpfung terrorisierte massen sind für die expandierenden kapitalgruppen bedingung zur erringung von positionen im globalisierungsprozess. weshalb die nato, bzw. die bestimmte allianz, wie im irak schon und jetzt in jugoslawien als ein schwerpunkt die infrastruktur der länder bombardiert. die gegenparts in diesen kriegen vertreten nicht den kapitalismus infrage stellende gesellschaftsmodelle, sondern sind schwächere rivalen um denselben kuchen, wie regionale bourgeoisien, die, sofern nicht schon eingemeindet, sich z.b. aus den hinterlassenschaften der ehemaligen staatswirtschaften bedienen, über regionale ressourcen für eine eigenständige entwicklung verfügen und sich behaupten wollen. die völker erleben in diesen auseinandersetzungen um den kuchen den widersinn, dass ihre produktiven kraftanstrengungen, deren eigentliche bestimmung die entwicklung gesellschaftlichen reichtums ist, die zerstörung nicht mal mehr ausgleichen. sie produzieren für kriege. es sind nicht ihre. das bild in bestimmten regionen auf dem afrikanischen kontinent ähnlich wie im gebiet der ehemaligen su oder auf dem balkan: es werden sehr professionalisierte einheiten, auf führer verpflichtete milizen, söldner, auf seiten der nato spezialisten in 5 km höhe eingesetzt – es existiert offensichtlich eine unsicherheit, die loyalität der eigenen bevölkerungen auf die probe zu stellen. das massenbewusstsein sieht nämlich zuvorderst ein vakuum in hinsicht auf lösungen und gesellschaftliche perspektiven.

in dieser konstellation werden die ersatzloyalitäten gefördert: zu einem regionalen kriegsfürsten oder zur nation oder ethnischen konstruktion.

das ist im vergleich zu den früheren widerspruchslinien ost/west und entkolonialisierung ein ungeheurer ideologischer rollback. aber eben dieser zustand ist dann aufgebrochen worden 1994 durch die zapatisten, das ist eine klar feststellbare internationale politische wirkung gewesen, unabhängig von linken vorlieben für bestimmte umstrittene theorien („zivilgesellschaft", „pol. macht" u. a.). über chiapas kam sozusagen die wiedereinsetzung der kritik der politischen ökonomie in die welterklärungsdiskussion. der anspruch ist universell. über das ja viel beachtete mittel der poesie haben die zapatisten vermieden, einfach fertige theorien der klassiker aus dem hut zu ziehen. man sollte, um die ereignisse auf den boden zu holen, sich →



Mumia Abu-Jamal in Gefahr!

Die Solidaritätsbewegung in den USA ruft zur Wachsamkeit auf.

Laut Zeitungsberichten droht Gouverneur Ridge, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal noch im August zu unterschreiben.

Hintergrund sind nicht nur die Ferien, die eine schnelle Mobilisierung erschwerten. Für den Oktober wird die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erwartet, der sich mit dem Antrag der Verteidigung auf Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens zu befassen hat. Solange die Entscheidung aussteht, wird das Oberste Gericht auch keinen Aufschub erlassen, wenn der Gouverneur den Hinrichtungsbefehl unterschreibt.

Deshalb hat die Solidaritätsbewegung in den USA ab dem 14.8. zu mehreren regionalen Treffen eingeladen, um Aktionen vorbereiten zu können. Sie ruft die internationale Öffentlichkeit auf, die Entwicklung zu verfolgen und gegebenenfalls schnell Protest organisieren zu können.

Informationen: http://www.iacenter.org

Siehe auch die nächsten Seiten

vergegenwärtigen, wieso die zapatisten zu diesem zeitpunkt eine dermassen starke weltweite politische aufmerksamkeit erreicht haben. faktoren sind dabei erstens, dass sie einen realen aufstand gemacht haben, zweitens sie historisch als gegensymbol zum „fall der berliner mauer" wirken mussten, und drittens ist ihr territorium mexico, also ein land, das „3. welt" und aber auch „1. welt" in sich selbst enthält und auch noch an die usa angrenzt. deshalb befasst sich ihre diskussion mit widersprüchen, die auch z. b. in europa leicht wiedererkennbar sind.

nach meiner wahrnehmung ist die hauptwirkung der zapatisten seinerzeit gewesen, dass sie als erste die nationalen und ethnischen konstruktionen (mythen), als die aktuelle taktische herrschaftsmethode des sich globalisierenden kapitals, aufgebrochen haben.

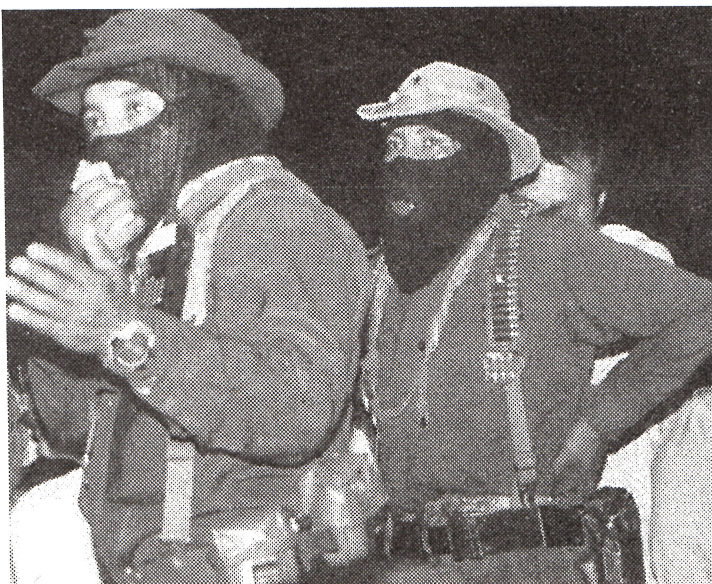
Ein weiterer Brief von Christian Klar vom Juni 1996

als zur jahreswende 93/94 der zapatistische aufstand in chiapas über die nachrichtenmedien ging, konnten wir damit die erste antwort von menschen erblicken, die der „weltweite sieg des marktes", der seit beginn der 90er jahre auf der globalen bühne in blinder manie zelebriert wird, zu überflüssigen in der ordnung des geldes macht.

diese menschen gibt es überall, und ihre zahl wächst täglich. In der „3. welt" wie in den ökonomisch potentesten ländern, im osten oder im „nirgendwo" als flüchtlinge.

der aufstand zwingt den blick auf „die mauern, die der fall der berliner mauer errichtete" – nafta wie auch uniformierte menschenfänger an den äusseren grenzen der festung europa, verschuldung bis in die zehnte generation wie auch alltäglicher entzug von gesundheitsversorgung, bildung und materieller lebensgrundlagen.

viel beachtet wird die poetik der zapatistischen stimmen, vision und zugleich theoretische improvisation, die berechtigt ist, um nicht zur unzeit strategien zu behaupten, deren entwicklung gerade erst beginnen soll. der gemeinsame boden ist einfach die solidarität derer, die aufstehen, um verantwortung für ein menschenwürdiges leben zu übernehmen.



indem wir den „ersten aufstand des 21. jahrhunderts" begrüssen, versuchen wir im nächsten augenblick schon zu verstehen, und das bedeutet, die verpflichtung einzugehen, diesen aufstand nicht zu beladen mit irgendeiner haltung von projektion und passiver erwartung.

der aufstand beansprucht nicht weniger, sondern viel mehr als eine neuanpassung von befreiungsstrategien in einer veränderten welt. es wird darauf aufmerksam gemacht, dass es gilt, politik überhaupt neu in die welt zu bringen – in einer zeit von globalem totalem markt, beute-loyalität, kriegsfürsten, g7-obskurantismus, vergiftung und verachtung. ein sieg des kapitalismus? die wahrheit ist, dass die bürgerliche gesellschaft sich aus der geschichte bereits verabschiedet hat, aber das gerippe von raub, geschäft und hochgerüsteten wächtern des besitzes noch stark ist. dazwischen müssen wir das drama und die grausamkeit bestehen.

die 90er jahre des 20. jahrhunderts sind das elend eines „30jährigen krieges" und das verstummen der kühnheit. Europa präsentiert den schwellenden kraftkörperkult, der sich im spiegel betrachtend selbst genügt, saubergeputzte naturschwärmerei für die sensibleren und den erfolgreichen single – dahinter stimuliert es hass auf die glanzlosen elenden. sie erklären die massen ohne marktbedeutung zu menschlichen müll.

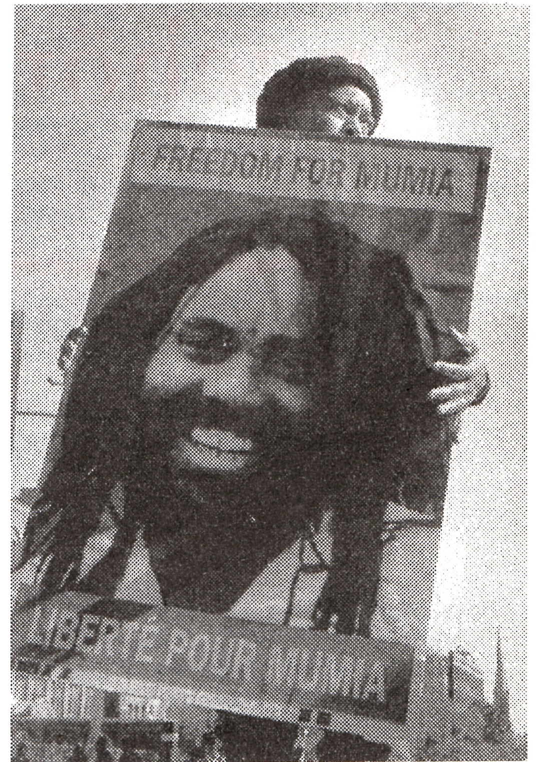
nachdem die internationale klasse der besitzer und finanziers schon ein jahrzehnt lang die verzweiflung und verwahrlosung als nationale und ethnische konflikte manipuliert,

die predigt der „einen welt" verhallt ist,

ist mit dem vorschlag des treffens in chiapas, eine ahnungsvolle list der geschichte, das thema der kritik der politischen ökonomie und der einheit der besitzlosen wieder laut ausgesprochen worden.

das morgen rührt sich und fragt nach einem gesicht.

6/96

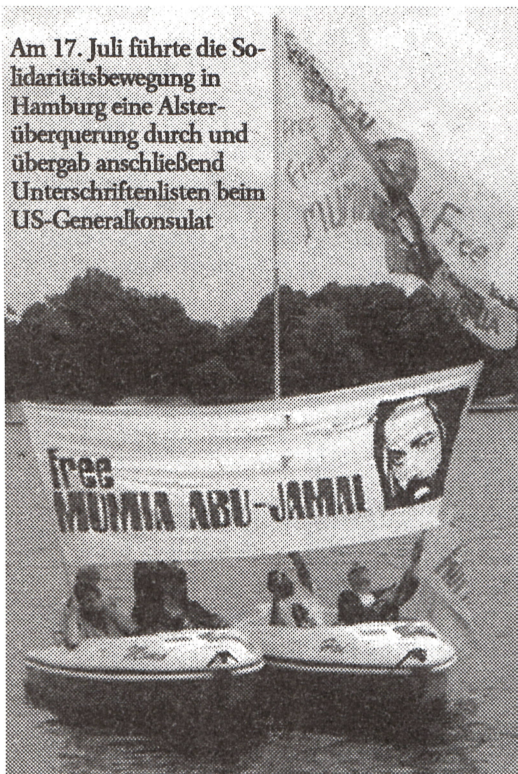


Mumia Abu-Jamal

Anatomie einer Lüge

Vorbemerkung der Redaktion: Ein ehemaliger ehrenamtlicher Mitarbeiter der Pennsylvania Prison Society tischte gegenüber der Zeitschrift Vanity Fair sowie dem ABC-TV-Nachrichtenprogramm „20/20" die Behauptung auf, daß ihm Mumia Abu-Jamal im Winter 1992 den Mord an dem Polizisten Daniel Faulkner gestanden habe. Er war übrigens die inzwischen schon fünfte Person, die ein solches Geständnis gehört zu haben behauptete. Ein Professor der Universität Pittsburg, der Abu-Jamal kennt, wertete diese letzte Behauptung, die natürlich Schlagzeilen machte, als „Zeichen des staatlichen Bankrotts der Anklage gegen Mumia". „Die alten Geständnisse werden durch neuere Geständnisse untermauert." – Im folgenden die Stellungnahme von Mumia Abu-Jamal vom 26.7.99:

„Nachricht: Ein 47jähriger Ersatzlehrer gibt bekannt, daß er gehört habe, wie der ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal den Mord an einem Philadelphia-Polizisten gestand. Die Zeitschrift Vanity Fair druckt ein Interview mit Phillip Bloch ab, in dem er erzählt, daß Jamal ihm das Geständnis im Winter 1992 während seines Besuchs im Huntingdon-Gefängnis machte. Die Polizei lobt Bloch für seinen „Mut", und die Phila-



Am 17. Juli führte die Solidaritätsbewegung in Hamburg eine Alsterüberquerung durch und übergab anschließend Unterschriftenlisten beim US-Generalkonsulat

Indigene Bewohner konfrontieren Clinton mit ihrer Forderung

„Free Peltier !"

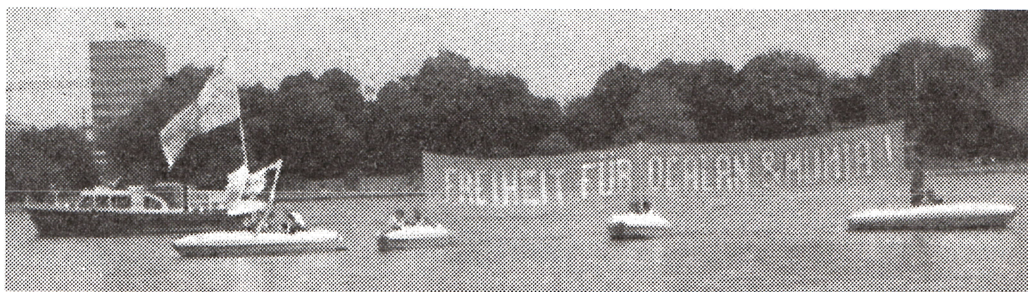
Am 7. Juli besuchte Präsident Bill Clinton den ärmsten Ort der USA, die Pine Ridge Reservation der Lakota Nation in Süddakota. Fernseh- und Zeitungsberichte zeigten Clinton mit Tränen in den Augen während seines Besuchs in Pine Ridge, wo seit Jahrzehnten Wohnverhältnisse und gesundheitliche Situation weit unter der Norm liegen und hohe Arbeitslosigkeit, Hunger und bittere Armut alltäglich sind.

Clinton sagte: „Sie wurden vernachlässigt, und Sie wissen, daß das nicht funktioniert. Sie haben auch unter der Herrschaft selbstgefälliger und unterfinanzierter Regierungsprogramme gelitten, und Sie wissen, daß das nicht funktioniert." Den Medien sagte Clinton: „Die Arbeitslosenquote in dieser Reservation beträgt fast 75%. Das geht nicht, und wir müssen etwas unternehmen, um dies zu ändern, und zwar jetzt." „Ich werde Sie nie vergessen", sagte er einer Frau, die 27 Familienmitglieder miternährt, die oft nicht in der Lage sind, ihren Wohnwagen mit fünf Zimmer zu heizen"

Sieht man die Tränen in Clintons kleinen Augen, könnte man davon ausgehen, daß er, bevor er Pine Ridge gesehen hat, keine Ahnung hatte, wie schlimm es im Indianergebiet ist, und daß er daran unschuldig ist. Nichts ist von der Wahrheit weiter entfernt, dieser Typ ist der Präsident der Vereinigten Staaten. Die Armut in Pine Ridge und in vielen anderen Reservationen ist das Ergebnis der Politik der US-Regierung. Er und die anderen Politiker der herrschenden Klasse sind sich der Konsequenzen ihrer Politik durchaus bewußt.

Was für eine Frechheit, nach Pine Ridge zu kommen, um das Leid der Menschen für eine Fotoaufnahme auszunutzen? Was ➳

delphia-Staatsanwaltschaft behauptet, damit sei Jamals Schuld bewiesen.



Fast eine Woche lang bringen Zeitungen in Sommer 1999 überdimensionierte Schlagzeilen, und Talkshows machen mit der obigen Geschichte ein gutes Geschäft. Das der tratschorientierten Disney-Gesellschaft gehörende Fernsehprogramm „20/20" nennt es eine „signifikante Entwicklung" im Fall Jamal und bläht die Bedeutung dieses neuen Zeugen, eines Mannes, der behauptet, ein einger Freund Jamals zu sein, schamlos auf.

Keine einzige Zeitung oder sogenanntes „Nachrichten"-Programm machte sich die Mühe, seine Geschicht bei mir zu überprüfen oder auch seine Angaben über sich selbst bei der Pennsylvania Prison Society, der Organisation, für die tätig war während seiner Besuche in den Staatsgefängnissen Pennsylvanias, zu überprüfen. Eine überraschende Abweichung von journalistischen „Standards". Stattdessen überstürzten sich Zeitungen und andere Medien mit der alten Rechtfertigung „sie machten es – also können wir es machen", um ihre Auflage mit dieser „heißen" neuen Geschichte zu steigern! Man konnte sie fast lechzen hören nach der „Sensation!" Presse anhalten! Selten hat eine Lüge soviel Tinte, Videoband oder Bäume vergeudet!

Laß uns (der Einfachheit halber) annehmen, daß Bloch die Wahrheit sagt. Seit wann werden Denunzianten bei den Bullen so herzlich gelobt? In Wahrheit hassen die Bullen Denunzianten, wie Fälle, wo Bullen gegeneinander aussagen, deutlich machen! Wurden die Bullen, die über die brutalen Angriff gegen Abner Louima in New York aussagten, für ihren „Mut" gelobt, oder wurden sie verflucht und geächtet? Was meinst du?

Bloch behauptet, daß ich ein „enger Freund" von ihm war, gibt aber zu, daß seine Briefe jahrelang unbeantwortet blieben! Wenn seine Geschichte wahr ist, ist er nicht ein Denunziant und Verräter?

Blochs Enthüllung ist unwahr, wie seine eigenen Worten zeigen. Nehmen wir noch mal der Einfachheit halber an, daß alles, was er sagte, wahr ist. Warum denn hätte er mir sechs Monate nach meinem „Geständnis" die folgenden Worten schreiben sollen?

„Ich sah den Film – ‚Incident at Ogalala' [sic] letzten Monat – Nachdem Peltiers Mitangeklagte von den Geschworenen freigesprochen wurden – (in einem getrennten Verfahren) – sagte die FBI — (in einem Fernsehinterview), daß die Geschworenen und ihre Familien von den Indianern eingeschüchtert wurden. Dann wurde der Obmann der Geschworenen interviewt – er sagte, daß keiner der Geschworenen je einen Indianer gesehen hätte – die Behauptungen der FBI unwahr wären. Dann guckte er in die Kamera und sagte – Ich dachte, daß die FBI-Agenten uns alle (die Geschworene) umbringen würden – nachdem das Urteil vorgelesen wurde. Also – es ist möglich Gerechtigkeit von einer Geschworenenjury zu bekommen – nicht immer – aber, manchmal. Also, wenn du ein neues Verfahren bekommst – hast du gute Chancen freigesprochen zu werden, denke ich mir."

(Brief; 17. July 1993) [...Bloch]

Frage: Warum jemandem schreiben und über neue Verfahren oder Freispruch schreiben, wenn dieser dir seine Schuld gestanden hat? Antwort: Einfach. Es gab kein Geständnis. Punkt. Herr Bloch wußte das sechs Monaten nach dem angeblichen Geständnis, was bedeutet, das er jetzt lügt.

Hat Bloch dieses „Geständnis", wie die Bullen des 6. Distrikts, auch „vergessen"? Ich weiß es nicht, und ehrlich gesagt, es interessiert mich nicht, warum er erst jetzt damit kommt. Vielleicht ist er enttäuscht, das er immer noch ein Ersatzlehrer ist, und braucht die Hilfe von Freunden mit guten Beziehungen? Vielleicht sucht er die Wärme der Scheinwerfer? Wer weiß? Wen interessiert es?

Seine eigene Worten beweisen, er mag kein Denunziant oder Verräter sein – aber ein Lügner.

Mit diesem Auftritt beweist er, wie dreckig sogenannter Mülljournalismus werden kann.

für eine Frechheit, da zu stehen und zu versuchen, eine Kevin Costner/"Der mit den Wölfen tanzt"-Szene zu inszenieren? Wenn überhaupt, sollte man Clinton „Der mit Streichungen tanzt" nennen.

Während seiner sechsjährigen Amtszeit hat er überhaupt nichts, weder für die Indianer noch für andere arme Menschen getan, im Gegenteil, er hat vieles gemacht, um die Lage armer Menschen zu verschlimmern, u.a. durch die Reduzierung der Sozialprogramme. Das Bundesbüro für Indianerangelegenheiten, immer noch berüchtigt wegen seiner Korruptheit, verpachtet Land an die multinationalen Unternehmen und „verliert" Millionen von Dollars aus den Stammesfonds.

Hat Clinton die heiligen Black Hills an die Lakota zurückgegeben? Hat er eine Direktive zur Einhaltung aller die Indianern betreffenden Abkommen erlassen? Hat er Leonard Peltier entlassen? Natürlich nicht!

Peltier Unterstützer stören Clintons Besuch in Pine Ridge

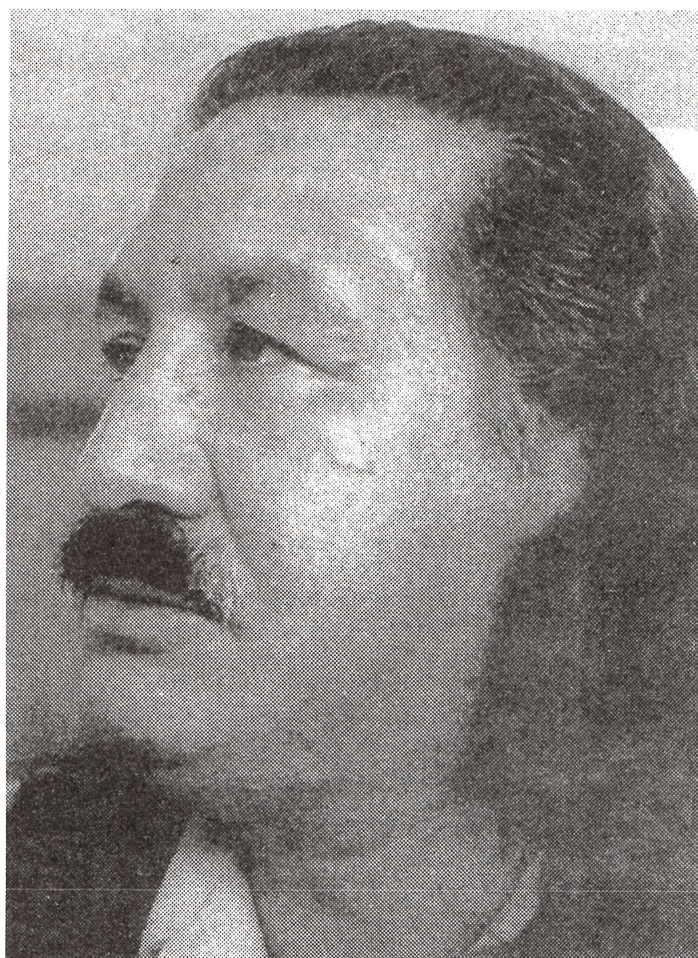
Clintons gut organisierter Medienauftritt in Pine Ridge wurde teilweise von Unterstützern des politischen Gefangenen Leonard Peltier gestört.

Dem Leonard Peltier Defense Committee zufolge äußerten viele Menschen aus der Gegend ihre Sorge um Leonard Peltier. Vor Clintons wurde unübersehbar ein großes gelbes Transparent mit der Aufschrift „Es ist 1999. Warum ist Leonard Peltier immer noch im Gefängnis?" aufgehängt, und lokale sowie von weit her angereiste Unterstützer hielten Schilder hoch mit „FREE PELTIER" und riefen während der Redepausen „Free Leonard Peltier".

Peltier, der seit 1976 im Gefängnis sitzt, wurde 1995 der Mord an zwei FBI-Agenten angehängt. Clinton hat es während seiner zwei Amtsperioden stets abgelehnt, Peltier Gnadengesuche anzunehmen.

Ein Mitglieder des Oglala-Lakota-Stammesrates überreichte Clinton Peltiers neuestes Buch „Prison Writings: My Life Is My Sun Dance" und einen Brief von Peltier. Mindestens zwei Leute, die Clinton die Hand schüttelten, fragten ihn, wann er Peltiers Freilassung veranlassen würde, und nach Clintons Rede brüllte Peltier Unterstützer Edgar Bear Runner, „Im Namen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte, laß Leonard Peltier frei"

Mahtowin (Copyleft Workers World Service: http: //www.workers.org)



Leonard Peltier

Mumia Abu-Jamal

Zu Clintons „Armut-Tour"

Als die Sommersonne die Erde trocknete, begann Präsident Clintons erste Armut-Tour, die erste in die ärmsten Regionen der amerikanischen Gesellschaft, in denen sich amerikanische Träume in gruseligen Alpträume wandeln. Der Präsident der reichsten Nation der Erde besuchte unter andere armen und deprimierenden Gegenden die Appalachians, den südkalifornischen Stadtteil Watts und die Pine Ridge Reservation in Süddakota, Heimat der Oglala Sioux Nation.

Für die meisten Medienkommentatoren war die Clinton-Tour ein Beweis seines Mitleids mit den Armen, da seine Reise die Aufmerksamkeit der Medien auf einige der ärmsten Gegenden lenkte. Für andere ist es ziemlich auffällig, daß ein Mann, der seine erste Präsidentschaftskampagne mit dem Motto „Ich spüre eure Schmerzen" führte, acht Jahre brauchte, um zu zeigen, daß er von der Existenz solcher Orte wie die Pine Ridge Reservation, Watts und die Appalachians wußte.

Vielleicht waren seine „Schmerzen" die der Bullen und Bären an Wall Street.

Was nützt, außer dem eintägigen Medienspektakel, dieses Interesse eines lahmen Präsidenten, der weniger als 20 Monate Amtszeit hat? Was wird er machen, um den armen Indianern, Schwarzen und Weißen dieser Gegenden zu helfen? Was beabsichtigt er zu machen, um die Arbeitslosigkeit von 75% in Pine Ridge zu bekämpfen?

Mit einem Wort: nichts.

Sein Auftritt war nicht mehr als ein Fototermin des Weißen Hauses und ein Appell an die US-Geschäftswelt, das natürliche und Humankapital der Gegend auszubeuten. Aber Clinton ist auch der Präsident des NAFTA-Abkommens, das internationale Handelsabkommen, das die Kapitalflucht südlich der Grenze ermöglicht, wo Arbeitskräfte billig und reichlich vorhanden sind. Werden sich die Unternehmer für Arbeitskräfte entscheiden, denen ein Mindestlohn bezahlt werden muß, oder für die, die für nur Pfennige arbeiten würden?

Es gibt noch einen Grund, warum dies „Ein-Tag-mit-den-Armen"-Tour eine Farce war. Der amerikanische Präsident bereiste Pine Ridge, ohne ein Wort über den berühmtesten ehemaligen Bewohner zu verlieren, den indigenen politischen Gefangene Leonard Peltier.

Hätten nicht seine leidenschaftlichen Unterstützer den stolzen Namen eines der heldenhaftesten Kriegers der Lakota gerufen, wäre Leonard Peltier überhaupt nicht erwähnt worden.

Für Clinton, den Präsidenten auf der Suche nach einem Vermächtnis, wäre eine einfache Unterschrift, mit der er die Freilassung Leonard Peltiers veranlaßt, eine Tat, an die sich spätere Generationen erinnern würden. Statt dessen erließ er, stets der Politiker, nur Worte, dann ging er, immer ständig auf der Suche nach dem nächsten Händeschütteln, der nächsten Menschenmenge, und dem nächsten Fototermin.

Column written 7/9/99, (c) 1999 Mumia Abu-Jamal

Politische Gefangene in Frankreich

Protestaktion gegen Ausweisung baskischer Militanter

Aus Protest gegen die erneuten Ausweisungen baskischer Militanter verweigern wir, politische Militante, inhaftiert in Fleury-Mérogis, an diesem Tag die Rückkehr in die Zellen nach dem Hofgang.

Seit 1987 gab es mehr als 200 illegale Ausweisungen, und heute sind Pilar Mondragon Zabala und Garbine Gomez Gorrotxategi Opfer dieser illegalen Praxis.

Seit 15 Jahren weist der französische Staat mehr oder weniger systematisch alle baskischen Militanten aus. Er liefert sie so der Guardia Civil aus, deren Folterpraktiken regelmäßig von den internationalen Menschenrechtsorganisationen – Menschenrechtskommission der UNO, Amnesty International – denunziert werden.

Mit den Namen, den Daten, den Orten, den Umständen und den Folterpraktiken könnten wir Seiten füllen.

In der Tat, seit 1984 sind diese Ausweisungen immer öfter zu einem lukrativen Tauschgeschäft geworden.

Noch 1981 schrieb der Premierminister der gerade aus der Taufe gehobenen sozialistischen Regierung, Pierre Mauroy, die Verteidigung demokratischer Prinzipien auf sein Banner, indem er bezüglich des Asyls für die Basken erklärte: „Frankreich, Land des Asyls für alle Verbannten und politischen Verfolgten, muß seiner Geschichte und Tradition treu bleiben." Drei Jahre später war nichts mehr davon übriggeblieben.

Tatsache ist, daß zu dieser Zeit M. Corcuera, damaliger spanischer Innenminister, gegenüber der Presse erklärt hatte: „Wenn der französische T.G.V. (Höchstgeschwindigkeitszug) bei seiner ersten Reise nach Spanien alle nach Frankreich geflüchteten ETA-Mitglieder mitbrächte, würde ich sofort seinen Ankauf unterzeichnen." Und Frankreich verkaufte den T.G.V. an Spanien.

In der Folgezeit waren zahlreiche anerkannte politische Flüchtlinge gezwungen, sich neue Aufnahmeländer in Lateinamerika und Afrika zu suchen, und die ersten baskischen Militanten wurden ihren Folterern ausgeliefert, während gleichzeitig die „Gorillas" der GAL ein Attentat nach dem anderen begingen.

Im Auftrag der ersten sozialistischen nachfranquistischen Regierung ermordete die GAL in vier Jahren treuen Dienstes 27 Basken.

Die Ankunft Charles Pasquas im Innenministerium setzte der Ambiguität einer Kollaboration ein Ende, die nicht gewagt hatte, sich öffentlich zu ihr zu bekennen. Dieser weitere Schritt in der antibaskischen Repression begann mit der großen Razzia im Oktober 1987: Hunderte von Polizisten und Spezialkommandos durchsuchten Hunderte von Wohnungen, 90 Personen wurden festgenommen und 60 politische Flüchtlinge ausgewiesen.

Seitdem sind sich alle Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Couleur, darin einig, den Wünschen der spanischen Regierung nachzukommen.

Ein Bündel von Faktoren erklärt diese seltsame Übereinstimmung. Ökonomische Interessen: vom Verlauf des T.G.V. bis zum Europa von Maastricht; dazu die politischen Interessen, die mit der Konstruktion dieses Europas verbunden sind. Weiter gibt es einen repressiven Konsens, der von den Attentaten der GAL zum Schengen-Vertrag und anderen „Schmuckstücken" des Sicherheitsarsenals geht. Und ununterbrochen wird eingehämmert, daß nur die europäischen Staaten Besitzer DER DEMOKRATIE sind, alles andere ist Terrorismus.

Es ist im Namen dieser „Wahrheit", die Frankreich nicht zögern lässt, internationales Recht zu verletzen. So stimmen alle für die Einhaltung der Menschenrechte arbeitenden Organisationen darin überein, daß es nur eine einzige legale Prozedur gibt, wenn ein Staat die Überstellung einer Person zum Zwecke ihrer Aburteilung bzw. Absitzen einer Strafe von einem anderen Staat fordert, nämlich die Prozedur der Auslieferung. Die Praxis der direkten Überstellung der baskischen Independisten an die spanischen Sicherheitskräfte durch die französische Polizei ist folglich eine verschleierte Auslieferung.

Ebensowenig zögert der französische Staat, seine eigenen Gesetze zu verletzen. So bestimmt Artikel 27 (2) der am 2. November erlassenen Verfügung, daß „ein Ausländer nicht in ein Land ausgewiesen werden darf, wo ihm Folter und Misshandlung droht, die im Widerspruch zum Artikel 3 der europäischen Menschenrechtskonvention stehen".

Der französische Staat – gewillt, den illegalen Charakter dieser Prozedur zu ignorieren – benutzt und missbraucht die Ausweisung, um die baskischen Militanten, gegen die in Spanien juristisch nichts vorliegt, an die Guardia Civil auszuliefern.

Außerhalb des Nord-Baskenlandes und außer den Protesten der zitierten Organisationen und der Mobilisierung in den Knästen trifft die Ausweisung der baskischen Militanten auf allgemeine Gleichgültigkeit. Es erregt absolut kein Aufsehen, wenn in der Folge diese Militanten von ihrem „Empfänger" gefoltert werden.

Was kümmert's, daß die Menschenrechtskommission der UNO 1993 feststellt, „dass die Folter, weit davon entfernt abzunehmen, zunimmt und dass sie als ein Grundelement des spanischen Justizsystems erscheint".

Was kümmert's, daß das europäische Parlament im Februar 1998 die Missachtung der Menschenrechte in den spanischen Polizeikommissariaten denunziert hat.

Was kümmert's, daß die französischen Verwaltungsgerichte die Rechtmäßigkeit dieser Ausweisungen bestreiten.

In Spanien wurden die Auftraggeber und andere Mitglieder der GAL nach einigen Monaten Gefängnis entlassen. Im Juli 1998 wurden der Ex-Innenminister Barrionuevo, der Ex-Staatssekretär in Sicherheitsfragen Vera und der Ex-Direktor des Geheimdienstes Sancristobal zu 10 Jahren Haft wegen der Entführung von Hendaye de Secundo Marey verurteilt. Dies waren die höchsten Strafen, die gegen diejenigen verhängt wurden, die während dieser Zeit die Verantwortlichen an höchster Stelle für den schmutzigen Krieg der GAL waren. Aber schon nach kurzer zeit kamen sie in den Genuß eines außergewöhnlichen Strafnachlasses von 9 Jahren.

Die baskischen Militanten dagegen sitzen weiter in den Knästen, da der gesetzliche Strafnachlass bei ihnen nicht angewandt wird. Und diejenigen, die Frankreich ausweist, werden wegen Delikten angeklagt, für die sie bereits in Frankreich verurteilt wurden.

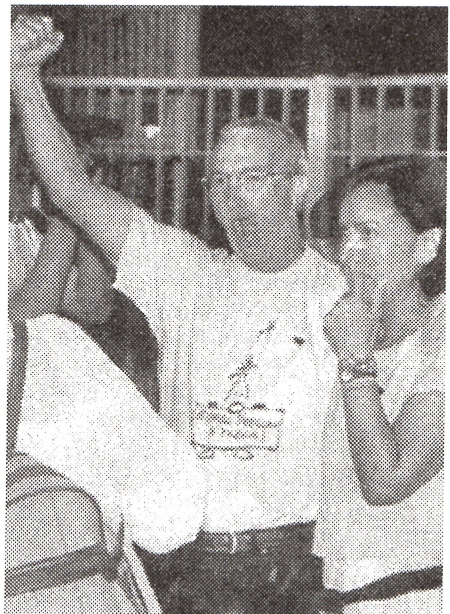
Mit unserer Aktion schließen wir uns den Protesten der baskischen politischen Gefangenen an: Wir protestieren gegen

– die Ausweisung der baskischen Militanten und ihrer Überstellung an die spanischen Behörden, obgleich diese keine Auslieferung beantragt haben.

– die Unmöglichkeit für diese Militanten, ein Land ihrer Wahl zu bestimmen, obgleich dies ihr Recht in einem Ausweisungsverfahren ist.

– ihre Verhaftung und Verurteilung in Spanien für ein Delikt, für das sie schon in Frankreich die Strafe abgesessen haben.

Politische Gefangene in der M.A.F. von Fleury-Mérogis: Joelle Aubron, Christel Fröhlich, Bakal Hacer und Nathalie Ménigon



Nachdem das spanische Verfassungsgericht das Urteil gegen die Führung von Herri Batasuna annullierte, kamen die 23 Inhaftierten nach 20monatiger Haft frei.

Rote Hilfe Radio (HH) über das Gelöbnix in Berlin

Kriegstreibers Hausfrieden gebrochen



Am 20. Juli ist es in Berlin einigen Leuten gelungen, mit wenig mehr als dem Einsatz von etwas Phantasie das „Feierliche Rekrutengelöbnis“ am sogenannten Bendlerblock zu verschönern.

Die „Berliner Zeitung“ faßte das Geschehen am nächsten Tag so zusammen:

1500 Polizisten konnten Störung nicht verhindern

Beim dritten öffentlichen Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr in Berlin kam es zu den bislang massivsten Störungen des Zeremoniells. Trotz scharfer Sicherheitsvorkehrungen und Einlaß nur mit Einladungskarte gelang es etwa zehn Demonstranten, in den abgeriegelten Bendlerblock zu gelangen, in dem die Veranstaltung stattfand und auf der mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erstmals der Regierungschef die Ansprache hielt.

Etwa zehn Gelöbnisgegner stürmten den Platz im feierlichsten Moment. Gerade waren die Abordnungen der Rekruten zur Truppenfahne vorgetreten, um ihre Treue zur Bundesrepublik zu geloben, da stürzten die jungen Männer und Frauen von den Tribünen auf den Platz. Mindestens zwei Frauen rissen sich die Kleider vom Leib und wurden halbnackt von Feldjägern abgeführt. Auf den Oberkörper hatten sie sich Parolen gemalt. Andere spannten Regenschirme als Protestplakate auf. Auf einem stand „Tucholsky hat recht“, eine Anspielung auf das Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“.

Doch den Ablauf der militärischen Zeremonie konnten die Demonstranten nicht unterbrechen. Unter dem Applaus der Gäste hob Bundeskanzler Schröder noch einen rosa Regenschrim auf, der nach dem Gerangel der Störer mit den Feldjägern liegengeblieben war, dann konnten die angetretenen 432 Rekruten ihr Gelöbnis ablegen. „Wenn sonst niemand aufräumt, einer muß es ja tun“, sagte Schröder später. Den Auftritt der halbnackten Demonstrantinnen kommentierte er mit den Worten: „Das bestätigt, daß es nicht immer die Mädchen mit den besten Figuren sind, die sich ausziehen.“

Über die Reaktion des Publikums war in der „*taz*“ zu lesen: „*Als das Gesicht [des Demonstranten] auf den Betonboden gedrückt wird, erhebt sich tosender Applaus unter den 2200 geladenen Gästen. Auf der Tribüne leisten einige Zuschauer Waffenhilfe, versuchen, einem der Störer einen Schirm in den Mund zu stecken.*“ – Bundestagsvizepräsident Seiters sagte später über die Demonstrationen, so etwas dürfte nicht wieder passieren, so etwas schade dem Ansehen Deutschlands. Sein Parteifreund Roland Gewalt sprach von „erheblichen Straftaten“, die das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin geschädigt hätten.

Dementsprechend tat auch die Polizei, als wäre schon das Demonstrieren selbst eine Straftat. Sie stürmte eine Wohnung, aus deren Fenster ein Transparent mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder“ hing. Sie nahm 42 Personen in Gewahrsam, verletzte dabei mehrere, erstürmte den Lautsprecherwagen der – übrigens vom Verwaltungsgericht genehmigten – Gelöbnix-Demonstration und zog der Lautsprecheranlage die Stecker heraus. Drei Tage nach der Aktion durchsuchte der Staatsschutz denn auch noch 13 Privatwohnungen und die Landesgeschäftstelle der JungedmokratInnen. Dabei beschlagnahmte er Computer und Flugblätter, und wo er schon mal da war, nahm er auch gleich noch die Mitgliederkartei der JungdemokratInnen und andere Namenslisten mit. In den Privatwohnungen wurden, was denn ja auch naheliegt, die Zimmer von Unbeteiligten, für die es keinen Durchsuchungsbefehl gab, gleich mitdurchsucht.

Warum diese Durchwühlungsaktionen? Offiziell hieß es, man suche nach Beweisen für Urkundenfälschung und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch. Auf „Urkundenfälschung“ ist der stets einfallsreiche Staatsschutz gekommen, weil in der Presse darüber spekuliert worden war, daß die Leute möglicherweise mit gefälschten Eintrittskarten zum Gelöbnis gekommen wären.

Aus der Ferne hat das alles eher komödiantische Züge: Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen, begleitet von den Aufplustereien patriotischer Politiker… wegen ein paar rosa Regenschirmen mit „Tucholsky hat recht“-Aufschrift. Aber natürlich kommt das Säbelrasseln nicht von ungefähr. Was bedeutet denn dieses bizarre militaristische Ritual „öffentliches Rekrutengelöbnis“ in einer Zeit, in der Deutschlands Militär wieder andere Staaten überfällt, bombardiert und besetzt? Ein Ritual, das zudem noch an einem Tag stattfindet, an dem man sich feierlich des Putschversuchs von vor 55 Jahren erinnert. Hier wird also zum Grundstein der Bundeswehr erklärt: der Versuch einiger Massenmörder aus der Spitze der Wehrmacht, die deutsche Diktatur über das absehbare Ende des Krieges hinauszuretten, indem sie sich selbst an die Spitze des Apparates stellten. Dazu muß man wissen, daß die Wehrmachtsoffiziere, die den Kern der Verschwörung vom 20. Juli ausmachten, schon fünf Jahre lang die Raub- und Vernichtungsfeldzüge des NS-Regimes mitorganisiert hatten, daß sie die Umsiedelung der Juden nach Madagaskar diskutierten, daß sie sich mit Heinrich Himmler in Verbindung gesetzt hatten, um ihn für den Putsch zu gewinnen, daß es die Idee gab, mit den „aufgeschlossenen Kreisen der SS“ zusammenzuarbeiten und ein „Übergangskabinett Göring“ zu bilden. Daß unter den Verschwörern auch Arthur Nebe war, der Technikern des Massenmords wie Tötungen durch Sprengstoff oder durch Lkw-Abgase in geschlossenen Räumen entwickeln und experimentell durchführen ließ. Nach den Plänen der Verschwörer vom 20. Juli sollte die vorrangige außenpolitische Aufgabe der künftigen Putschregierung der Abschluß eines Sonderfriedens mit den Westmächten sein, um mit den dadurch freiwerdenden Truppen den Krieg gegen die UdSSR fortzusetzen.

Diese Aspekte der Verschwörung werden heute vollkommen ausgeblendet. Eberhard Diepgen sagte bei der Vereidigung: „Hier legten Männer des 20. Juli mit ihren Taten das moralische Fundament, auf dem die Bundeswehr 1955 gegründet wurde – und auf dem sie seitdem sicher ruht.“ Im Mittelpunkt steht heute der Versuch, der deutschen Armee das Image einer antifaschistischen Kraft zu geben. Und daher rührt wohl auch die Empfindlichkeit beim Staatsritual „Rekrutenvereidigung am 20. Juli“: Die Greuel des NS-Regimes sollen weihevoll instrumentalisiert werden, um eine neue mi-

Hausdurchsuchungen

Polizei geht gegen Gelöbnis-Störer vor

Die Berliner Polizei hat heute abend mindestens sechs Wohnungen von Antimilitaristen durchsucht. Die Betroffenen, Mitarbeiter des Büros für antimilitaristische Maßnahmen, der JungdemokratInnen/Jungen Linken und anderer Gruppen, waren an den Protesten gegen das Bundewehrgelöbnis am 20. Juli beteiligt.

Die Durchsuchungen wurden mit dem Verdacht auf Urkundenfälschung begründet. Offensichtlich soll herausgefunden werden, ob die Demonstranten, die auf das Gelöbnisgelände gelangen konnten, im Besitz von Eintrittskarten gewesen sind. Im Büro der JungdemokratInnen/Jungen Linken wurden unter anderem Computer und Drucker beschlagnahmt.

Das Büro für antimilitaristische Maßnahmen sieht in der Durchsuchungsaktion einen weiteren Beweis dafür, wie wenig die Polizei vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung hält. Die Bundeswehr hat am 20. Juli die peinlichste Niederlage erlitten, seit es in Berlin Gelöbnisse gibt. Um den „Sicherheitslücken" in ihrer Organisation auf die Spur zu kommen, hat die Bundeswehr eine Untersuchung angekündigt. Die Berliner Polizei hilft auf ihre eigene Weise tatkräftig dabei mit.

Die Antimilitaristen haben beim Gelöbnis mit Mitteln des zivilen Ungehorsams von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Bundeswehr und Polizei müssen dieses Recht endlich akzeptieren. Schon während der Demonstrationen am 20. Juli waren Feldjäger und Polizisten mit völlig überzogener Gewalt gegen die Demonstranten vorgegangen. Daß auch heute wieder Wohnungen durchsucht werden, ist ein eklatanter Verstoß gegen elementare Grundrechte. Wer demonstriert, begeht keine Straftat.

Mit ihren Maßnahmen versuchen die Behörden offenbar, die Antimilitaristen einzuschüchtern und zu verhindern, dass künftige Gelöbnisse ebenso zum Fiasko werden wie das vergangene. Politisch unliebsame Organisationen sollen durch die Beschlagnahmungen von Computern lahmgelegt werden. Die Ungehorsamen werden sich aber nicht zum Gehorsam zwingen lassen. Wir empfehlen der Bundeswehr, endlich einzusehen, dass sie mit öffentlichem Protest rechnen muss, wenn sie sich in der Öffentlichkeit blicken lässt.

Presseerklärung Nr. 5/99 vom 23.7.99
BamM! Büro für antimiliristische Maßnahmen, Manteuffelstr. 103, 10997 Berlin, Tel.: (0 30) 61 07 44 01, Fax: (0 30) 61 07 44 10

Am 8. Juli hatten MitarbeiterInnen des Büros für antimilitaristische Maßnahmen, der JungdemokratInnen/Jungen Linken, der Gewerkschaft FAU/iAA und unabhängige AntimilitaristInnen das Berliner Kreiswehrersatzamt besetzt. Aus der Presseerklärung hierzu:

Michael Knapp vom Büro für antimilitaristische Maßnahmen erläuterte die Besetzung: „Die Aktion richtet sich gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung. Das Kreiswehrersatzamt ist Grundlage für jeden Kriegseinsatz, da hier junge Männer auf ihre Kriegsverwendungsfähigkeit geprüft werden. Wir stören deshalb gezielt die Musterung und fordern die Wehrpflichtigen dazu auf, Musterung und Kriegsdienste zu verweigern. Die Besetzung ist zugleich Auftakt zum Widerstand gegen das Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli am Bendlerblock."

(...)



litärische Weltmachtpolitik zu rechtfertigen.

In den letzten Jahren ist die Bundeswehr zielstrebig zur Interventionsarmee umstrukturiert worden. Ex-Verteidigungsminister Rühe sprach zu Recht von einer „zweiten Neugeburt der Bundeswehr". Neugebildete zentrale Kommando- und Befehlsstrukturen versetzen die deutsche Armee heute in die Lage, eigenständig weltweit Kriegseinsätze durchzuführen. Hochmobile und innerhalb kürzester Zeit abmarschbereite Einheiten mit über 53 000 Soldaten, die sogenannten Krisenreaktionskräfte, wurden aufgebaut. Teil von ihnen ist das Kommando Spezialkräfte, das nach dem Vorbild des britischen SAS und der US-amerikanischen Green Berets gebildet wurde. Das aus hochtrainierten Berufssoldaten bestehende Sonderkommando soll im Hinterland des Feindes operieren, um dort, so heiß t es offiziell, feindliche Kommunikations- und Infrastruktureinrichtungen zu zerstören oder deutsche Kriegsgefangene zu befreien.

Eine solche Militarisierung der Außenpolitik braucht die Militarisierung des öffentlichen Raumes. Jeder Krieg fängt lange vor dem ersten Schuß mit seiner propagandistisch-psychologischen Vorbereitung an. Zunächst wurde sehr darauf geachtet, die martialischen Komponenten des Soldatseins zu verstecken. Soldaten wurden betont als Friedensbringer, Brunnenbohrer, Deichschützer, Sanitäter präsentiert. In den Tagen des Krieges ist damit Schluß. Jetzt ist man einen Schritt weiter. Jetzt erntet man die Früchte der jahrelangen Arbeit am öffentlichen Bild der deutschen Armee: Darum die Ehrenschutzdebatte für Soldaten, darum die Durchsetzung öffentlicher „Ferierlicher Gelöbnisse" und „Großer Zapfenstreiche". Darum der Befehl zum Tragen von Uniform in der Freize

it, darum die millionenteuren Werbekampagnen der Bundeswehr.

Die Berliner Aktion war so gelungen, weil sie dieses Bild von der gesellschaftlich akzeptierten Kriegsarmee angegriffen hat. Wie sagte doch der damalige Verteidigungsminister Rühe 1992: „Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze ... im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind ... Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese Aufgaben vorzubereiten."

Totalverweigerer-Prozesse gegen Nick

Zweimal verurteilt

Am 13.7. verurteilte das Landgericht Itzehoe den Totalverweigerer Nick Netzler zu zehn Monaten ohne Bewährung und bestätigte damit das Urteil, das das Amtsgericht Itzehoe bereits im Januar 1996 verhängt hatte, gegen das die Staatsanwaltschaft aber Einspruch eingelegt hatte. Die Staatsanwaltschaft, der das Urteil zu milde war, legte Revision ein.

Eine Woche später fand ein neuerlicher Prozeß gegen Nick Netzler statt, wiederum vor dem Landgericht Itzehoe. Obwohl diese nämlich bereits einmal rechtskräftig verurteilt worden war wg. Totalverweigerung, hatte ihm die Bundeswehr einen vierten Einberufungsbefehl geschickt. Deshalb war er im Februar 1996 zu zehn Monaten mit Bewährung verurteilt worden. Auch dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Jetzt verurteilte ihn das Gericht wg. „Fahnenflucht" zu acht Monaten Haft ohne Bewährung. „Zur Wahrung der Rechtsordnung" müsse das Urteil vollstreckt werden. Für eine Bewährungsstrafe bedürfe es einer

„positiven Prognose" – das Gericht müsse sicher sein, daß der Beschuldigte keine weiteren Straftaten begehe. Davon könne bei Netzler allerdings keine Rede sein. Dieser hatte auf die entsprechende Frage der Richterin geantwortet, er werde auch in Zukunft auf gar keinen Fall Wehrdienst leisten. Die Richterin begründete ihre Entscheidung für eine Haftstrafe ohne Bewährung damit, daß sie in ihrem Urteil von 1996 davon ausgegangen sei, daß es keinen nächsten Einberufungsbescheid und damit keinen Anlaß für weitere Straftaten geben werde. Inzwischen wisse sie aber, daß bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres beliebig viele Einberufungen erfolgen könnten.

Den Antrag des Staatsanwaltes auf einen neuen Haftbefehl lehnte die Richterin allerdings ab. Dieser wollte Nick gern weiter hin Schloß und Riegel sehen, da er sich in der Vergangenheit nicht nur der Bundeswehr, sondern auch den Gerichtsprozessen entzogen hatte. Das müsse Netzler mit sich selbst abmachen, urteilte das Gericht. Daraufhin wurde die Untersuchungshaft nach zwei Monaten aufgehoben. Netzler konnte den Knast in Itzehoe verlassen. Sein Verteidiger legte Berufung ein.

(Nach: jungeWelt vom 15. Und 21. Juli)



... und Sönke

Eurem Frieden keinen Gehorsam!

„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfaulen!" (F.J. Strauß, 1949)

Die neue deutsche Politik hat sich seitdem offensichtlich neu orientiert. Spätestens seit 1989 mit der Auflösung der Blockkonfrontation ist die BRD auf dem Weg zur Militärmacht. (...) Die Entwicklung der Bundeswehr zur Interventionsarmee hat mit der Teilnahme am Krieg der NATO gegen Jugoslawien einen vorläufigen Höhepunkt erreicht: Die Provinz eines unabhängigen Staates ist nach dreimonatiger Bombardierung unter deutscher Beteiligung besetzt. Im deutschen Sektor marschieren schwerbewaffnete Bundeswehrsoldaten und bemühen sich um die Errichtung einer deutschen Ordnung (es gilt deutsches Strafrecht!), während weiterhin Menschen ermordet und vertrieben werden. Daß es in diesem Krieg, der noch nicht lange vorbei ist, nicht um Menschenrechte geht, ist klarer denn je.

Geordnet soll es ebenso an der Heimatfront zugehen: Zum Schutz der Soldatenehre werden Gerichtsurteile gesprochen, die einzig das Tucholsky Zitat noch als Ausdruck einer grundlegenden Wahrheit zulassen: „Soldaten sind Mörder"!!

Zugleich bemüht sich die Bundeswehr mit medialen Werbefeldzügen um ein Image von gesellschaftlicher Gemeinnützigkeit: Junge deutsche Helden strahlen in die Kamera und preisen die Kameraden in der Truppe unter dem Slogan: „Ja, helfen!"

Aktiver Antimilitarismus ist unerwünscht. Das „öffentliche" Gelöbnis in Berlin am 20. Juli (...) fand unter gewalttätigen Sicherheitsvorkehrungen statt. Ein unsauberes Fernsehbild wäre peinlich und würde dem konstruierten Selbstbild schaden.

Da trotz der Maßnahmen der Protest wahrhaftig präsent war, wurden als Reaktion auf die Schmach Protestierende verhaftet, verprügelt und mißhandelt („Du frißt jetzt Dreck!"). Im Nachhinein wurden die Wohnungen von GelöbnisstörerInnen mit fadenscheinigen Begründungen (z.B. Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz) durchsucht: Die Repression gegen Unbequeme wird verschärft.

Eine solche Entwicklung steht auch hinsichtlich der totalen Kriegsdienstverweigerung zu befürchten. Ein Staat, der Krieg und militärische Gewalt ganz offen als Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen nutzt, wird zur Wahrung der „nationalen Disziplin" nicht zimperlicher vorgehen. Totalverweigerer, die sich der Ausbildung ihrer selbst zum Soldaten oder zivilen Ersatzdiener widersetzen, müssen sich auf eine verstärkte Strafverfolgung durch die Justiz, die hier offen politisch motiviert handelt, einstellen. Deshalb ist aktive Solidarität und Widerstand wichtiger denn je!

Am 5. August 1999 fand vor dem Landgericht Itzehoe der Prozeß gegen den Totalverweigerer Sönke Müller statt. Er lehnt den Wehrdienst wie auch den Zivildienst aufgrund der Einbindung in die militärische Verplanung ab und hat daher konsequenterweise keinen Dienst angetreten und auch keinen KDV-Antrag gestellt. Die Anklage lautet auf vier Fälle von „Gehorsamsverweigerung". Das Amtsgericht Meldorf hatte ihn bereits im Februar verurteilt, dagegen war allerdings die Staatsanwaltschaft in Berufung gegangen.

Kontakt: Die Desertöre, Nernstweg 32, 22765 HH

P.S. Das Gericht verurteilte Sönke zu 120 Stunden „gemeinnützigem Arbeitseinsatz".

Prozeß gegen Redakteur

Zusammenspiel Nazis – Staatsapparat

Am 2.8. hätte der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Zeitung „Gegen die Strömung" stattfinden sollen; es fand jedoch nicht statt, bis Redaktionsschluß wurde uns Näheres nicht bekannt. Zum Hintergrund ein Bericht aus „Gegen die Strömung", Juli 1999:

Am 16. Januar 1999 durchsuchten Polizei und Staatsschutz die Buchläden Georgi Dimitroff in Frankfurt/Main und den Vertrieb für Internationale Literatur in Berlin sowie eine Privatwohnung. Gegenstand der Ermittlungen ist das Flugblatt /5/98 von „Gegen die Strömung": „Leipzig, 1. Mai 1998: Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!"

Die Vorwürfe lauten, die Betroffenen wären verdächtig, eine rechtswidrige Tat, nachdem sie begangen worden war, nämlich die Beteiligung an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräfte begangen wurde, bei der andere Waffen bei sich geführt hätten, um diese bei der Tat zu verwenden, durch Verbreitung von Schriften in einer Weise gebilligt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Auslöser der Ermittlungen war ein Brief des führenden Nazi-Kaders Steffen Hupka aus Quedlinburg. Hupka, ehemaliger Kader der inzwischen verbotenen Nazi-Organisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten" (ANS/NA) und der „Nationalistischen Front" (NF) ist inzwischen Mitglied des Bundesvorstands der NPD und der JN. Er ist Anmelder zahlreicher Naziaufmärsche, so z.B. am 1. März 1997 gegen de Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht" in München oder am 27. Februar 1999 in Magdeburg.

In seinem Brief beklagt er sich darüber, daß in dem Flugblatt zur Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden aufgerufen würde. Er fordert die Polizei auf, die Ermittlungen aufzunehmen, und bittet darum, über den Stand der Ermittlungen informiert zu werden. Ein anschaulicheres Beispiel der Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat findet sich wohl selten.

Wir werden das Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen von Gegen die Strömung dar nutzen, die Nazi-Morde und andere Nazi-Verbrechen anzuprangern, die in der letzten Zeit in diesem Land begangen wurden.

Wir werden klarstellen, daß wir uns nicht zu rechtfertigen haben, sondern daß wir vielmehr gegen die Zustände in Deutschland „Anklage erheben"!

Prozeß gegenMoré Keskin

Das Ende des Prozesses steht bevor

– Direktor der Landesschutzpolizei Piestert durch die Angeklagte als Zeuge für den 4.8.99 geladen
– Vorwürfe der Staatsanwaltschaft durch den vermeintlichen Belastungszeugen der Polizei und polizeiliche Überwachungsvideos widerlegt
– Trotz der Entkräftung von fast allen Anklagepunkten bzw. ihrer Einstellung sitzt Moré Keskin immer noch in U-Haft

Die letzten drei Tage des Prozesses gegen Moré Keskin (mit bürgerlichen Namen Nuran Ayten) sind für Dienstag (3.8.), Mittwoch (4.8.) und Donnerstag (5.8.) angesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Prozeß spätestens am Donnerstag, den 5.8.99, zu Ende gehen. Nach über einem Monat Verfahrensdauer sieht die Anklageschrift der Berliner Staatsanwaltschaft wie ein juristischer Scherbenhaufen aus.

– Der Vorwurf, Moré habe am 7.5.95 und 18.5.95 auf Demonstrationen in Berlin eine verbotene Fahne der ERNK geschwenkt, wurde eingestellt. Die angeblich 100%ige Identifizierung von Moré durch mehrere Polizeibeamte endete damit kläglich. Das Überwachungsvideo der Polizei lieferte den eindeutigen Gegenbeweis. Darüber hinaus hat die Verteidigung Dr. Cornelius Schott, einen der führenden Experten auf dem Gebiet anthropologischer Vergleichsgutachten in der BRD, beauftragt, ein Gutachten anzufertigen. Obwohl die zeit nicht ausgereicht hat, um dies vor Ende des Prozesses schriftlich zu bekommen, hat Dr. Schott uns vorab mitgeteilt, daß seine gutachterliche Stellungnahme „ausschließen wird, daß es sich bei der unbekannten weiblichen Person auf dem Videoband und Frau Nuran Ayten um ein und dieselbe Person handelt". Es fragt sich nur, warum die Staatsanwaltschaft, die des öfteren Dr. Schott mit der Erstellung von Gutachten beauftragt hat, dieses Gutachten vor 4 Jahren nicht in Auftrag gegeben hat. Nach Ansicht vieler Prozeßbeobachter unterstreicht dieses Versäumnis den Standpunkt der Verteidigung, daß es sich hier um eine politisch motivierte Verfolgung handelt, die die geltende Rechtslage mißachtet.

– Der Vorwurf, daß Moré auf einer Demonstration am 20.4.93 die Worte „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten!" gerufen habe und sich damit der Volksverhetzung schuldig gemacht habe, ist ebenfalls schwer angeschlagen. Keiner der Polizisten, die als vermeintliche Belastungszeugen aufgetreten sind, konnte Moré wiedererkennen. Darüber hinaus ist abzuwarten, wie die Staatsanwaltschaft überhaupt aus dieser Parole und der Parole „Deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33" Volksverhetzung machen will. Die heute noch gültige Rechtsprechung läßt dies nämlich nicht zu.

– Zum Abspielen des Liedes „Deutschland" von der Gruppe Slime, welches von dem Staatsanwalt als Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland ausgelegt wurde, hat es bis jetzt keine belastenden Beweise gegen Moré gegeben. Dies war abzusehen, da die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift selbst zugeben mußte, keine Zeugen präsentieren zu können, die Moré beim Abspielen des Liedes gesehen haben wollen. Darüber hinaus scheinen sowohl der Staatsanwalt als auch Richter Brüning einige Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieses Anklagepunktes zu haben. Dies ist nicht verwunderlich, da die „Mephisto"-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine „werkgerechte" Auswertung von Kunstwerken zur Voraussetzung für eine strafrechtliche Verfolgung macht. Es ist allen Beteiligten klar, daß so eine „werkgerechte" Auswertung des Liedes eindeutig feststellen wird, daß es den Schutz der Kunstfreiheit genießt. Daher versuchen weder der Staatsanwalt noch Richter Brüning, diese Auswertung vorzunehmen. Ob hier ein weiterer Rückzieher seitens der Staatsanwaltschaft und Richter Brüning angedeutet wird, bleibt abzuwarten.

– Die übriggebliebenen Anklagepunkte sind ebenfalls entweder nicht belegt worden oder stehen auf ähnlich wackligen rechtlichen Füßen. Vor allem der Versuch einiger Polizeibeamter, ihre schriftlichen Aussagen von 1994 „aufzubessern", um Moré zu belasten, hat ihre eigene Unglaubwürdigkeit zur Schau gestellt. Dennoch, da Richter Brüning vor Prozeßbeginn seine Absicht, Moré zu verurteilen, angekündigt hat und da er sich kaum von den bestehenden Gesetzen und Rechtsprechung beeinflussen lässt, gehen erfahrene Prozessbeobachter davon aus, daß er Moré in mindestens einigen der Anklagepunkte schuldig sprechen wird. Dafür spricht auch die Tatsache, daß trotz Entkräftung der meisten Anklagepunkte Moré weiterhin von Richter Brüning in U-Haft gehalten wird. Es bleibt aber auch abzuwarten, ob eine mögliche Verurteilung Bestand haben wird. Das Unterstützungskomitee hat schon angekündigt, seine Arbeit fortsetzen zu wollen, bis ein möglicher Schuldspruch aufgehoben ist.

Pressemitteilung vom 3.8.99, Moré Keskin Unterstützungskomitee, Rigaer Str. 94, 10247 Berlin, Tel.: (01 73) 4 30 39 01, Fax: (0 30) 2 15 78 50 (mit Überschrift „Unterstützungskomitee")

Hausdurchsuchungen 6.7.99

Offener Brief

Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 6.7.1999, die mit „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder „gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" begründet wurden.

Am 6.7.1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen. Der Vorwurf lautet „Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (129a) oder „gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" (315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 6.7.1999) waren 9 StaatsanwältInnen, 100 BKA-BeamtInnen und weitere 200 PolizistInnen der Länder beteiligt. Die angetroffenen Beschuldigten wurden erkennungsdienstlich behandelt, teilweise wurden noch zusätzlich Speichelproben und Haarproben (aus Haarbürsten) für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen vermummte SEK-BeamtInnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit ‚verbracht'. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion „intensive Ermittlungen der ‚Arbeitsgruppe Energie beim Bundeskriminalamt" voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind.

Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkrallenaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 7. Oktober 1996 an 12 Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an 8 weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem „Kommuniqué autonomer Gruppen" zu diesen Aktionen und weiteren BekennerInnenschreiben. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: „Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen." Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation „Autonome Gruppen", deren „Führungskader" sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt. Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel. Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von LokomotivführerInnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: „Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden". Es gibt elf „Beschuldigte" und neun weitere „Betroffene", wobei dieses Personen sind, die mit den Beschuldigten in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die Beschuldigten Zugang haben sollen. Die Durchsuchungen – zumindest bei den Beschuldigten – fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe,

Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine AnwältIn zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden. In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räume der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: „Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder". Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97,'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den „CASTOR-Skandal" eine zusätzliche Bestätigung. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt (wobei bei den verschiedenen Durchsuchungen sehr unterschiedlich vorgegangen wurde): PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarrettenkippen beschlagnahmt,da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potzdam eingehängt worden sein soll. Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten! Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie. Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in „friedliche" und „gewalttätige" gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung: * Weil sich die Grünen und die SPD von Ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln. * Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKW zu den Wiederaufarbeitungsanlagen LaHague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die „Zwischenlager" Gorleben oder Ahaus, oder von den AKW in die „Zwischenlager" rollen sollen. * Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD fahren. Abschließend wollen wir betonen: Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben! Egal, welche „Farbkombination" in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und -transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind! Wir wissen: Gemeint sind wir alle – aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten. Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände! Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen! Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

UnterzeichnerInnen der Erklärung: Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 6.7.1999, die mit „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder „gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" begründet wurden. Stand: 29.7.1999): Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand, Neckarwestheim / Anti-Atom-Aktuell – Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen / Anti-Atom-Büro Hamburg / Anti-Atom-Plenum Berlin / Anti-Atom-Plenum Göttingen / Antifaschistische Aktion Oldenburg / Antifa-Ammerland / Antifa-Café im Alhambra, Oldenburg / Antifa-Café in der B5, Hamburg / Anti-Rassismus-Büro, Bremen / ARGE Gemeinsam gegen Atomgefahr, St. Peter, Austria / Atom-Plenum Minden / ASO – Anarchistischer Störtrupp, Oldenburg / BBA-Infoladen, Bremen / Bremer Anti-Atom-Forum (BAAF) / Bremer Kassiber – Stadtzeitung für Politik, Alltag, Revolution / BIU-Bürgerinitiative Umweltschutz, Budweis, Cech Republik / CASTOR-Gruppe Bremen / CASTOR-Gruppe Dahlenburg / Centrum ENERGIE, Budweis, Cech Republik / Dachverband der Oberpfälzer Initiativen gegen Atomanlagen, Schwandorf / DGB Jugendbildungsstätte Fulda / EA-Berlin / EA-Hamburg / EZM-Energie Zukunft Mühlviertel, St. Stefan, Austria / FrauenLesben-Info-Laden Mafalda, Bremen / Internationaler Menschenrechtsverein Bremen / Info-Café Anna und Arthur, Lüneburg / Kölner Gegenstrom gegen Atomanlagen / KöXüz – MigrantInnenzeitschrift / Leben nach Tschernobyl, Gießen / Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.), Bremen / OOe Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr, Austria / Ratschlag der Anti-AKW-Initiativen in Trebel vom 20.7.1999 / Schwarzer Hahn e.V. – Kulturverein, Lensian (Wendland) / Soligruppe „Goldene Hakenkralle" / Unorganisierte AKW GegnerInnen, Oldenburg.

Gemeinsames Solikonto: Rote Hilfe e.V., Kto. 48 19 12 206, BLZ. 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: „Goldene Hakenkralle" Wir brauchen starke finanzielle Unterstützung. Damit Ihr eine Vorstellung habt: Bei 20 Betroffenen sind bisher etwa 20 AnwältInnen beteiligt.
Weitere UnterzeichnerInnen oder Solidaritätserklärungen an: BBA-Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 / 700 144.

Erklärung von Isaac Velazco

Peruanische Flüchtlinge bedroht

Da in Peru die Menschenrechte nicht gewahrt werden und dort eine Regierung an der Macht ist, von der eindeutig Staatsterror ausgeht, sind die dortigen Menschenrechtsaktivisten zum Ziel zahlreicher Attentate und Morde geworden.

Hier wäre der Fall des peruanischen Staatsbürgers Santiago Panizo zu erwähnen, ein Journalist des Senders Radio Cadena, der sich im besonderen den Menschenrechten gewidmet hat. Das entsprechende Programm hieß Acción Urgente (urgent action, Eilaktion). Mit diesen Sendungen wurde auch Menschen unmittelbar Hilfe und Unterstützung gewährt, die an der Wahrnehmung ihrer fundamentalsten Rechte behindert wurden. In einer seiner Sendungen hatte eine Frau sich beklagt, es sei im Jahre 1993 ihre Tochter zusammen mit einem jungen Mann verhaftet worden, und beide seien von der Polizei auf brutale Weise gefoltert worden. Der junge Mann, Fernando Salgado, starb bei der Folter, und die junge Frau mit Namen Gladys Espinoza verlor bei der Folter beinahe ihr Leben. Der Journalist forderte von den Behörden zu

Internationaler Menschenrechtsverein

Alex frei, Solidarität weiter nötig

Wie wir berichteten, wurde Alex Alayo Chavez, Teilnehmer des Hungerstreiks in Köln, zunächst verhaftet, am 28.6. jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Dazu ein Schreiben des Internationalen Menschenrechtsvereins Bremen e.V.:

(Daß Alex nicht mehr in Abschiebehaft sitzt, bedeutet aber nicht, daß er wirklich in Sicherheit ist, denn sein Asylverfahren läuft noch, und dessen Ausgang ist ungewiß. Faxe an die zuständige Stelle des Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen sind nach wie vor sinnvoll, weil so die Wahrscheinlichkeit, daß Alex Asyl gewährt wird, steigt.)

Als Alex während seiner Teilnahme am Hungerstreik der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen festgenommen und anschließend in Abschiebehaft genommen wurde, bereitete das allen an der Karawane Beteiligten große Sorgen und viele Mühen. Es erschien als naheliegend, daß hin-

bestätigen, daß die Frau noch am Leben sei, denn, so postulierte er es in seiner Sendung, die bloße Tatsache einer oppositionellen Haltung zur Regierung rechtfertige es keinesfalls, daß darauf mit Foltermaßnahmen reagiert werden, und schon gar nicht sei es zu rechtfertigen, daß eine solche Folter jemanden das Leben kostet. Sie sei wieder der Obhut ihrer Verwandten zu übergeben, und die Behörden hätten offen zu erklären, daß eine Verhaftung stattgefunden habe. Santiago Panizo ist seither mehrere Male bedrängt worden, ja, es wurde ihm nach dem Leben getrachtet, und schließlich mußte er das Land verlassen. Derzeit befindet er sich in Deutschland im Exil und lebt in Freiburg. So wie er mußten viele Menschenrechtsaktivisten fliehen oder die Arbeit in der Illegalität fortsetzen.

So war es auch im Fall von Alexander Alayo, der solange in Peru geblieben ist, bis seine Situation unerträglich wurde und er schließlich das Land verlassen mußte. Die politische Verfolgung zwang ihn zu einem Migrantendasein. Er hat sich in zahlreichen Ländern Lateinamerikas aufgehalten, war in Santiago de Chile, Bolivien, in Uruguay, in Argentinien, Brasilien, Mexiko und hat in all diesen Ländern Menschenrechtsverletzungen angeprangert.

Teil seines konsequenten Einsatzes für Menschenrechte war auch das Treffen, das von der Initiative Libertad organisiert wurde, das … vom 2. Bis 5. April stattfand und dessen Thema die Situation der politischen Gefangenen weltweit war.

Alex Alayo wurde in Peru politisch verfolgt, er ist illegal. Wenn er jetzt verhaftet wurde, muß er fürchten, abgeschoben zu werden, und die Menschen, die nach Peru abgeschoben werden, werden zumeist festgenommen, verhaftet und gefoltert.

Zu den Fällen, wo peruanische Staatsbürger aus anderen Ländern Lateinamerikas oder aus Europa nach Peru abgeschoben wurde, gehört auch eine Peruanerin, die sich illegal in Venezuela aufgehalten hatte. Sie wurde verhaftet und nach Lima abgeschoben, wo sie zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Noch nicht entschieden ist die Situation eines jungen Paares, das in Buenos Aires festgenommen wurde und von der Abschiebung bedroht ist. Sollte es abgeschoben werden, müßte es mit Folter und einer Gefängnisstrafe in Höhe von 20 Jahren und mehr rechnen.

Auch in Europa gibt es solche Fälle. Peruanische Staatsbürger, die sich illegal in Stockholm aufgehalten hatten, wurden nach Peru abgeschoben und sind jetzt im Gefängnis.

Der jüngste Fall hat sich im spanischen Staat ereignet. Ein ehemaliger Major des peruanischen Heeres hat Verbindungen der Streitkräfte zur Rauschgiftmafia an die Öffentlichkeit gebracht. Er mußte das Land verlassen, da die Streitkräfte versuchten, ihn zu ermorden. Er mußte sein Leben in Sicherheit bringen und ging nach Spanien.

In den letzten fünf Jahren ist die Situation für alle MigrantInnen hart geworden. Sie sind hier mit einer für sie schwer verständlichen Welt konfrontiert, und das hat unter anderem den Ex-Militär bewogen, wieder nach Peru zurückzukehren. Die Folge davon: Major Evaristo Castillo ist jetzt in Peru wieder verhaftet worden.

Das ist das Risiko, das alle eingehen müssen, die zur Emigration gezwungen werden, und nur wenige verlassen freiwillig ihr Land, den die Lage der EmigrantInnen ist hart: Sie werden in allen Lebenssituationen immer Fremde bleiben, und auch wenn wir noch so gute Freunde finden, so gelten wir doch stets weiter als Fremde, als Bürger zweiter oder dritter Klasse. Um so mehr jetzt, wo die demokratischen Regierungen der EU zur Rechtfertigung der Arbeitslosigkeit den Einwanderern die Schuld dafür in die Schuhe schieben.

Das ist eine Lüge, eine Lüge, noch größer als die Lüge EU selbst.

Es ist das Wirtschaftsmodel, das die Arbeitslosigkeit hervorbringt, und nicht nur in Lateinamerika, Afrika und Asien, sondern auch in Europa selbst. Das neoliberale Wirtschaftsmodell selbst ist es, das die Arbeitslosigkeit produziert, und durch dieses Wirtschaftsmodel werden die lateinamerikanischen Bürger zur Emigration gezwungen.

Was Peru betrifft, so haben wir heute 1½ Millionen Emigranten, mehr als 60.000 leben in Santiago de Chile, ebenso viele in Bolivien und ungefähr 120.000 in Argentinien und Brasilien – von der EU ganz zu schweigen. Viele sind gezwungen, sich gefälschte Dokumente zu beschaffen, um in die EU einreisen zu können. Dadurch geraten sie in den Status von Illegalen, von Klandestinen und sind stets davon bedroht, festgenommen und abgeschoben zu werden.

Dieses Wirtschaftsmodell hat automatisch Zwangsmigration von Männern und Frauen zur Folge, die keine Aussicht auf Arbeit und ein menschenwürdiges Leben haben, bringt aber gleichzeitig Menschen hervor, die sich militant für ein menschenwürdiges Leben einsetzen. Diese werden an den Rand des Systems gedrängt und zu Opfern einer oft wahllos zuschlagenden Repression, die sich der Folter, der außerlegalen Hinrichtungen und der politischen Massenmorde bedient.

Das haben wir am Beispiel der peruanischen Regierung vor uns. Der Herr Fujimori steht für eine militärisch-zivile Diktatur, die das Mittel des Staatsterrorismus einsetzt und voll ausschöpft, eine Politik der Ausrottung.

Hier in Deutschland erging vor kurzem ein Beschluß, der diese Verhältnisse bestätigte. Die peruanische Botschaft hatte an den deutschen Bundestag die Forderung gerichtet, sie solle es ermöglichen, daß politisch Verfolgte wieder nach Peru rückgeführt werden. Der Bundesrat hat dem prinzipiell zugestimmt unter der Bedingung, daß vom Außen- und Justizministerium ein Bericht über den Stand der Menschenrechte in Peru vorgelegt wird. Als eine der zentralsten Aussagen des Berichtes stellte sich heraus, daß derzeit die Menschenrechte in Peru nicht gewahrt werden, daß die Situation der politischen Gefangenen alarmierend ist und daß zahlreiche Erkrankungen bei politischen Gefangenen durch mangelnde Nahrung sowie mangelndes Trinkwasser verursacht wird.

Auf der Basis dieses Berichts hat der deutsche Bundestag das durch die peruanische Botschaft in Deutschland übermittelte Ersuchen nach Auslieferung peruanischer Staatsbürger zurückgewiesen. (…)

---

ter dem Versuch, Alex abzuschieben, ein Angriff auf das Karawane-Bündnis stand.

Letztendlich vermochte es die Karawane aber, diesem Angriff mit der bislang breitesten Fax-Kampagne zu begegnen. Durch diese Kampagne gelang es, zahlreiche neue Kontakte zu gewinnen, wobei wir uns besonders darüber freuen, nun auch verstärkt von Freundinnen und Freunden aus Lateinamerika und aus der Lateinamerikasolidarität Unterstützung erhalten zu haben.

Das heißt aber nicht, daß wir uns nun auf diesen Erfolgen ausruhen können. Im Gegenteil, es gilt nach wie vor, möglichst breit und tiefgehend auf die Menschenrechtssituation in Peru einzugehen, um zu gewährleisten, daß Alex Asylantrag positiv entschieden wird.

Aber auch dann stehen wir erst ganz am Anfang. Es geht darum, den Terror des Fujimori-Regimes, das mit harter politischer Unterdrückung bei gleichzeitig rapide sinkendem Lebensstandard Hunderttausende Peruanerinnen und Peruaner zu Flucht und Migration ins Ausland gezwungen hat, auf die Tagesordnung zu bringen.

Gleichzeitig geht es darum, auf die Situation von Tausenden, größtenteils illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen aus Lateinamerika aufmerksam zu machen. Unzählige von ihnen befinden sich in Abschiebehaft und werden abgeschoben, ohne daß das irgendwer zur Kenntnis nimmt.

Darum hoffen wir, daß das Interesse, das Alex entgegengebracht wurde, auch den vielen bislang unbekannten Personen gilt, die das gleiche Schicksal erwartet wie er, die aber keine starke Kampagne im Hintergrund haben, was gerade von Alex selbst ein zentrales Anliegen ist.

Alex arbeitet gerade an einem Bericht über seine Erfahrungen und Eindrücke während des Hungerstreiks und der Haft in Büren. Diesen Bericht können wir bei Interesse und auch weitere Ergebnisse und Planungen der Kampagne zu Peru sowie andere dringende Fax-Kampagnen der Karawane zusenden. (…)

Am 28. und 29. August findet der nächste bundesweite Kongreß der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Köln statt. (…) Trotz der Erfolge des Hungerstreiks und der Alex-Kampagne haben diese viel Geld gekostet, so daß unsere finanzielle Situation nicht gerade rosig aussieht. Spenden sind immer gern gesehen, steuerlich absetzbar und dringend notwendig.

Bankverbindung: Sparkasse Bremen, Kto-Nr. 107 39 282, BLZ 290 501 01, Bemerkung: „Karawane"

Postkartenaktion

Freiheit für Victor Polay Campos

und alle andere politischen Gefangenen der peruanischen Diktatur!

Als am 17. Dezember 1996 ein Kommando des Movimiento Revolucionario Túpac Amaru MRTA (Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru) die Residenz des japanischen Botschaft in Lima besetzte und die Freilassung von 478 GenossInnen auf die Tagesordnung setzte, blickte die ganze Welt nach Peru. Das Schweigen wurde gebrochen, die unmenschliche Situation der schätzungsweise 7000 politischen Gefangenen (nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Casa Latina) geriet in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit. Am 22. April 1977 traten die peruanischen Staatsterroristen in Aktion und beendeten mit einem Massaker an dem 14köprigen MRTA-Kommando die Botschaftsbesetzung.

Peru ist aus den Schlagzeilen verschwunden, doch die unmenschlichen Haftbedingungen der Gefangenen dauern an. Die Häftlinge vegetieren in dunklen Löchern dahin oder frieren in den Hochlandgefängnissen.

Ein seit dem 9. Januar 1998 existierendes Dokument des UN-Menschenrechtskomitees bzgl. des MRTA-Mitbegründers und politischen Gefangenen Victor Polay Campos besagt, daß dieser in einem unfairen Prozeß am 3. April 1993 zu lebenslange Freiheitsstrafe verurteilt wurde und seine Haftbedingungen den Tatbestand der unmenschlichen, grausamen und erniedrigenden Behandlung erfüllen. Das UN-Menschenrechtskomitee fordert einen fairen Prozeß nach international anerkannten Standards bzw. die Freilassung von Victor Polay.

Neue Prozesse vor Zivilgerichten fordert jetzt der Interamerikanische Gerichtshof der OAS im Fall von vier Chilenen, denen Verbindungen zur MRTA nachgesagt werden. Die vier Chilenen waren 1993 im Rahmen der „Terroristen"-Prozesse von „Richtern ohne Gesicht" zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Zu diesen Prozessen heißt es in dem bereits erwähnten Dokument des UN-Menschenrechtskomitees: „In dem System der Prozesse mit ‚Richtern ohne Gesicht' ist weder die Unabhängigkeit noch die Unparteilichkeit der Richter garantiert, da das ad hoc gegründete Tribunal aus Militärs im aktiven Dienst zusammengesetzt sein kann. Nach Meinung des Komitees sichert dieses System auch nicht den Respekt vor der mutmaßlichen Unschuld." (Inzwischen wurde dieses System aufgrund zahlreicher nationaler und internationaler Proteste abgeschafft.)

Die peruanische Regierung ist kein Freund internationaler Menschenrechtsabkommen, auch wenn sie diese unterzeichnet. Berechtigte Forderungen wie Beendigung der unmenschlichen Haftbedingungen und neue Prozesse nach international anerkannten Standards werden einfach ignoriert.

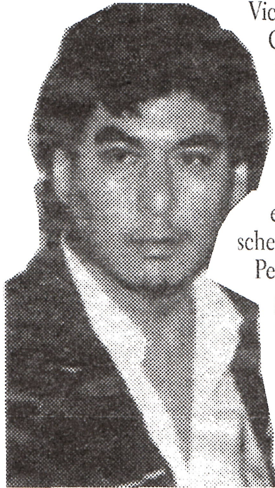
Das Peru-Solidaritätskomitee München möchte ein Zeichen setzen – Gegen das Vergessen – und generell die Situation aller politischen Gefangenen in Erinnerung rufen. Durch das Gutachten des UN-Menschenrechtskomitees ergibt sich die Möglichkeit, konkrete Forderungen aufzustellen und politischen Druck zu entwickeln,

Schreib(t)en Sie Briefe oder verwende(t)n Sie die Postkartenvordrucke des Peru-Solidaritätskomitees und forder(t)n Sie die Beendigung der unmenschlichen Haftbedingungen und dräng(t)en Sie auf die Umsetzung des UN-Gutachtens.

Schreib(t)en Sie an:

- Presidente Alberto Fujimori, Presidente de la República, Palacio de Gobierno, Plaza de Armas, Lima 1, Republik Peru
- Kanzlei der Botschaft der Republik Peru S.E. Herrn Dr. Luis Silva Satisteban Garcia Seminario, Godesberger Allee 125, 53175 Bonn
- United Nations High Commissioner for Human Rights, Palais des Nations, CH-1211 Genève 10, Schweiz
- Auswärtiges Amt, Joschka Fischer, Adenauer Allee 99, 53113 Bonn

Postkartenvordrucke gibt es beim Peru-Solidaritätskomitee, Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Spenden unter dem Stichwort „Peru" sind erwünscht auf das Konto Mittelamerika-Sekretariat, Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 700 101 11, Konto-Nr. 1342 37 79 00



Victor Alfredo Polay Campos, Generlsekretär und Generalkommandant der MRTA, geb. 1951 in El Callao/Lima, ist einer der politischen Gefangenen in Peru. Sein Vater gehörte zu den Gründern der „Amerikanischen Revolutionären Volksallianz" (APRA), einer sozialdemokratisch orientierten Partei, der sich Victor Polay Campos als Jugendlicher anschließt und von deren ursprünglich antioligarchischen und antiimperialistischen Programm er begeistert ist. 1970 wird er das erste Mal aufgrund seiner politischen Aktivitäten verhaftet. Nach seiner Freilassung reist er nach Europa und studiert in Madrid und Paris Soziologie und politische Ökonomie. Während seines Studiums kommt Victor Polay Campos mit der rebellischen Studenten- und politischen Bewegung des Pariser Mai 68 in Berührung und lernt die breite Solidarität mit den um nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern von Vietnam, Afrika und Chile kennen. Er trifft sich mit exilierten lateinamerikanischen Revolutionären, beteiligt sich an Kampagnen für die politischen Gefangenen und gegen die Folter. Victor Polay Campos ist von der kubanischen Revolution und dem Denken Che Guevaras beeinflußt. Seine Sorge gilt dem Kampf der Unterdrückten, er bricht enttäuscht mit der APRA, wendet sich dem Marxismus zu.

1984 gehört Victor Polay Campos zu den Gründern der MRTA, einer politisch-militärischen Organisation, die sich als marxistisch-leninistisch definiert und sich auf Túpac Amaru, einen Anführer eines Indioaufstandes gegen die spanischen Kolonialherren im 18. Jahrhundert, beruft. Neben bewaffneten Aktionen hat die MRTA immer der politischen Basisarbeit in Gewerkschaften, Universitäten und selbstorganisierten Volkskomitees Priorität eingeräumt. Sie kämpft für die soziale Revolution mit dem Ziel eines demokratischen Sozialismus.

Am 3. Februar 1989 wird Victor Polay Campos (Comandante Rolando) in der Stadt Huancayo gefangengenommen und ist 17 Monate im Hochsicherheitsgefängnis „Miguel-Castro-Castro" in Canto Grande/Lima inhatfiert. Im Juli 1990 wird er zusammen mit 46 GesinnungsgenossInnen durch eine spektakuläre Flucht befreit. Mitglieder der MRTA gruben einen ca. 300 m langen Tunnel von außen ins Gefängnis.

Am 9. Januar 1992 wird Victor Polay Campos erneut verhaftet und nach einem Monat unter Gewaltanwendung ins Gefängnis von Yanamayo/Puno verlegt. Hier wird er am 3. April 1993 von einem Spezialtribunal mit den „Richtern ohne Gesicht" in einem unfairen Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt.

Am 26. April 1993 wird Victor Polay Campos nach Lima zurückgebracht. Als ihm Sträflingskleidung angelegt werden soll, widersetzt er sich und wir mit Schlägen und Elektroschocks dazu gezwungen. In einem Käfig eingesperrt, mit Sträflingskleidung und Handschellen, wird er in menschenverachtender Weise der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Versuch eines MRTA-Kommandos, durch die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in Lima und die Geiselnahme von über 600 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Militärkreisen die Freilassung von ca. 480 GenossInnen zu erzwingen, endete am 22. April 1997 mit einem Massaker an den 14 MRTA-BesetzerInnen. Die Welt wurde Zeuge eines brutalen Aktes des peruanischen Staatsterrorismus.

Die türkische Organisation DHKP-C, eine der beiden Organisationen, die aus der Spaltung von Dev Sol hervorgegangen sind, ist in der radikalen Linken aufgrund der oft auch bewaffnet geführten Auseinandersetzung während der Spaltung und auch umstritten, auch in der Redaktion dieser Zeitung. Wir dokumentieren auszugsweise einen Solidaritätsappell, mit dem sich die unterzeichnenden Gruppen an die linke Öffentlichkeit wenden.

Solidaritätsappell

Der Kampf gegen den Faschismus ist legitim – überall!

Aufruf an die Linke in der BRD zur Unterstützung der von Repression betroffenen DHKP-C und ihres Befreiungskampfes in der Türkei / Nordkurdistan

Die staatliche Verfolgungspraxis von revolutionären und emanzipatorischen Organisationen und Befreiungsbewegungen aus der Türkei/Nordkurdistan in der BRD weist in den vergangenen Jahrzehnten (bspw. Das 1983 erlassene Dev-Sol-Verbot) eine Kontinuität auf. Neben der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung hat sich das staatliche Augenmerk auf die Aktivität und Politik der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front) gerichtet. Allerdings blieben die Repressionsmaßnahmen von der internationalistischen, antiimperialistischen und autonomen Linken sowie der gesamten demokratischen Öffentlichkeit in der BRD weitgehend unbeachtet und wurden in ihrer Tragweite völlig unterschätzt. Dieser Phlegmatismus ist angesichts des Zerschlagungsversuchs einer linken revolutionären Bewegung durch die BRD-Justiz fatal, denn bisher konnte der Staatsschutzapparat ohne relevante politische Reaktionen der Linken das Verbot, einen 129a-Pilotprozeß, laufende und angekündigte Nachfolgeprozesse durchsetzen – abgesehen von den seit Jahren regelmäßig stattfindenden Vereinsrazzien, Abschiebungen und VS-Anwerbungsversuchen.

Ein bundesweiter Soli-Zusammenschluß ergreift mit diesem Aufruf die Initiative und fordert dazu auf, die Sprach- und Tatenlosigkeit der hiesigen (radikalen) Linken zu durchbrechen und die GenossInnen, die im Zusammenhang mit dem DHKP-C-Verbot und der anschließenden Prozeßwelle verfolgt werden, auf allen politischen und juristischen Ebenen zu unterstützen.

Gegen die Verfolgungspraxis der BRD-Justiz gegen die DHKP-C

Der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther verbot am 13. August 1998 die DHKP-C. Diese Verbotsverfügung ist als eine Reaktion auf den Beschluß des Bundesgerichtshofes (BGH9 vom Februar 1998 anzusehen, in dem festgestellt wurde, daß die Aktivitäten der DHKP-C nicht als Verstoß gegen das Dev-Sol-Verbot von 1983 zu werten sind. Die jahrelange repressive Verfolgung durch die BRD wurde durch den BGH-Beschluß als rechtswidrig eingestuft. Mit seinem Verbot wollte Kanther diese rechtswidrige Verfolgungspraxis im Nachhinein legitimieren und für die Zukunft legalisieren. Die Kanthersche Verbotsverfügung zielte allerdings nicht nur gegen die DHKP-C. Das gleichzeitige Verbot der 1986 unter einem anderen Titel gegründete sozialistische Wochenzeitung Kurtulus (Befreiung) – unter dem Vorwand, DHKP-C-Organ zu sein – ist der Versuch, ein wichtiges Informations- und Kommunikationsforum der hier lebenden türkisch-kurdischen Linken über den juristischen Weg aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei ist allen bekannt, die es wissen wollen, daß das DHKP-C-Parteiorgan die Zeitschrift Devrimci Sol ist. Interessanterweise erscheint die Kurtulus in der Türkei/Nordkurdistan legal, allerdings ist sie massiver Repression ausgesetzt (Razzien der Redaktionsräume, Verhaftungen, Folter und Morde an RedakteurInnen).

Bei dem von Mai 1998 bis Februar 1999 dauernden DHKP-C-Pilotprozß standen der mutmaßliche Deutschlandverantwortliche der DHKP-C sowie zwei weitere mutmaßliche DHKP-C-Mitglieder vor dem für 129a-Prozesse zuständigen Senat am Oberlandesgericht Hamburg vor Gericht. Das Anklagekonstrukt baute auf Aussagen und Angaben eines seit mehreren Jahren für den Verfassungsschutz tätigen Spitzels und eines weiteren Kronzeugen auf. Deren Aussagen vor dem Staatsschutzsenat waren für die Verurteilung der Angeklagten entscheidend: Der vermeintliche Europaverantwortliche Seraffetin G. wurde wegen „Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung" und „Erteilung von Mordbefehlen" sowie „zweifachen versuchten Totschlags" zu 10 Jahren, Erdogan C. wegen „zweifachen beabsichtigten Totschlags, versuchter Geiselnahme und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" zu z Jahren und Ali E. wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchter Geiselnahme" zu 5 Jahren Haft verurteilt. (...)

Seit Anfang Februar 1999 findet nun vor dem gleichen Gericht der erste DHKP-C-Nachfolgeprozeß gegen das mutmaßliche Mitglied einer „terroristischen Vereinigung und den Gebietsverantwortlichen von Hamburg" Ilhan Y. statt. (Anmerkung der Redaktion: Wir berichteten. Der Prozeß geht am Montag, den 23.8., um 9.30 Uhr vor dem OLG HH weiter.) (...)

Für September 1999 ist eine weitere Etappe der DHKP-C-Nachfolgeprozesse angesetzt. Mesut D. wurde mit der Behauptung, der stellvertretende Europaverantwortliche der Organisation zu sein, festgenommen und dementsprechend unter Anklage gestellt. Es wird erwartet, daß noch gegen 30 (!) weitere der DHKP-C zugeordnete Personen Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" erhoben wird. Die Prozeßwelle hat also erst ihren Anfang genommen.

... die internationalistische Solidarität der Linken setzen.

Wie läßt sich die nur rudimentär vorhandene Solidarisierung mit der mit massiver Repression konfrontierten DHKP-C bzw. ihren politischen Gefangenen in den Trakten der BRD-Knäste erklären? Sind es die mangelnden Reserven der internationalistischen Linken, die es verhindern, eine angemessene Soli-Arbeit zu organisieren? Ist es die alleinige Fixierung auf die kurdische Befreiungsbewegung, was Soli-Arbeit in der Region Türkei/Nordkurdistan betrifft? Oder sind es die Nachwirkungen des „Neutralitätsbeschlusses" – der in Wahrheit nur Ignoranz gegenüber den Entwicklungen der DHKP-C verursachte -, der innerhalb der radikalen Linken nach dem innerorganisatorischen Putsch vom September 1992 verkündet wurde?

Letzteres wird gerne vorgeschoben, als ob Konflikte innerhalb einer Befreiungsbewegung das ausschließliche Kennzeichen von Dev Sol bzw. DHKP-C sind. Es wird keine Befreiungsbewegung genannt werden können, in der nicht im Verlaufe ihrer Geschichte Abspaltungen vollzogen oder Machtkämpfe ausgetragen wurden. Ein politisches Dilemma der Linken weltweit, aber keinesfalls auf die Dev Sol/ DHKP-C zu singularisieren, gerade deshalb nicht, da Dev Sol immer dafür plädierte, die „Einheit der Stärke und Aktion" der Linken zu wahren und Zersplitterung zu verhindern. Die Episode des Putsches innerhalb einer 30jährigen Widerstandsgeschichte als Grund für eine willkürliche Distanzierung oder offene Diskreditierung gegenüber der DHKP-C zu nennen, ist de facto nur als Vorwand zu werten, um einer aktuellen Auseinandersetzung mit der Politik und Praxis der DHKP-C zu entgehen. Denn damit wird einzig und allein der Blick darauf verstellt, daß die DHKP-C im Begriff ist, sich in allen Regionen im Land (Ägäis, Schwarzmeer, Mittelmeer und Kurdistan) politisch-militärisch zu verankern, d.h. sowohl auf massenpolitischem (Aufbau von selbstorganisierten Strukturen in Form von Volksräten) als auch auf militärischem Terrain (Guerillapräsenz und -stützpunkte). Dieser Prozeß verläuft wohlgemerkt in einem NATO-Land, dessen geopolitische Lage als Brückenkopf zum Nahen und Mittleren Osten für die imperialistische Triade (USA/NAFTA, BRD/EU und Japan/ASEAN) von größter Bedeutung ist. Die DHKP-C unternahm während des NATO-Aggressionskrieges gegen Jugoslawien als eine der wenigen Organisationen (außer dem 17. November aus Griechenland und Gruppen aus Italien) direkte Angriffe auf imperialistische Einrichtungen wie bspw. Der gescheiterte Raketenangriff auf das US-Generalkonsulat in Istanbul, bei dem die beiden Guerillaaktivisten von türkischen Bullen bei

einer bewaffneten Auseinandersetzung erschossen wurden.

Selbst der erfolgreich beendete Hungerstreik von Ali E. (einer der Verurteilten im DHKP-C-Pilotprozeß) vor einigen Wochen im Hamburger Knast Fuhlsbüttel fand nur geringe öffentliche Resonanz. Um so unverständlicher, als der Widerstand gegen die Knastregime ein konstitutives Element der DHKP-C-Politik mit ihren 1.300 Gefangenen in der Türkei/Nordkurdistan ist. Erinnert sei nur an das 75 Tage dauernde Todesfasten von 1984 gegen die allgegenwärtige Repression im Knast und speziell gegen die Einführung von Anstaltskleidung, oder das über 69 Tage gehende Todesfasten von 1996 gegen den Bau von Iso-Knästen und die Zerstreuung der politischen Gefangenen. Bei diesen beiden Todesfasten sind insgesamt 16 GenossInnen gefallen, allein 8 von Dev Sol bzw. DHKP-C.

Wir wollen die alte Erkenntnis ins Spiel bringen, daß eine staatliche Verfolgungspraxis gegen eine linke Befreiungsbewegung und deren Mitglieder und SympathisantInnen darauf abzielt, über die Mittel der öffentlichen Denunzierung („Terroristen"), dem Aussprechen von Verboten, dem Durchführen von Prozessen und dem Erteilen von Haftstrafen, die Struktur zu schwächen, wenn nicht gar komplett zu zerschlagen. Solidarität ist vor diesem Hintergrund mehr als nur Hilfe und Unterstützung, sie ist ein eigenständiger 8!) Teil des Kampfes gegen den mit Repressionsmitteln operierenden Staatsapparat. D.h. die Solidarisierung mit einer linken internationalistischen Befreiungsbewegung, der aktuell in der BRD ein Staatsschutzsenat gegenübersteht, der mit unbedingtem Verurteilungswillen eine perfektionierte und subtile Version der türkischen Staatssicherheitsgerichte darstellt, ist etwas Prinzipielles für eine antagonistische Politik in der Metropole.

Bekannt ist auch, daß Repressionsfolgen nur gemildert, ev. abgewehrt und offensiv bekämpft werden können, auf der Grundlage einer breiten und stabilen Solidarität. Solidarität hat zahlreiche Ausdrucks- und Aktionsformen; kennt graduelle Unterschiede der Zusammenarbeit. Solidarität mit politischen Gefangenen und deren Befreiungsorganisation bedeutet nicht, deren Programmatik buchstabengetreu zu unterschreiben, sie bedeutet aber, einen wahrnehmbaren Kontrapunkt gegen die staatliche Verfolgungspraxis zu setzen und unmißverständlich Position zu beziehen.

In diesem Sinne:

Aufhebung des DHKP-C-Verbots!

Einstellung der Verfahren und Beendigung der politischen Prozesses gegen die DHKP-C! Freilassung der inhaftierten DHKP-C-Mitglieder und SympathisantInnen! Für eine internationalistische und antiimperialistische Solidarität – weltweit!

UnterzeichnerInnen (Stand 15.7.): bundesweiter Zusammenschluß der Prozeßgruppen zum DHKP-C-Prozeß, Unabhängige Antifa F, Internationalismusreferat der HU, gruppe mücadele

Der kurdische Politiker und in Deutschland anerkannte Asylberechtigter, Cevat Soysal, der aus Moldawien in die Türkeiverschleppt wurde, muß vor Folter und Tod gerettet werden!

Zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres hat der berüchtigte türkische Geheimdienst MIT in internationaler Zusammenarbeit einen kurdischen Politiker der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unter offenem Bruch des Völkerrechts in die Türkei verschleppt – diesmal sogar aus einem europäischen Staat, der die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) als Vertragsstaat der EU anzuwenden hätte. Dem für die Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) tätigen 37jähringen Kurden C. Soysal drohen weitere schwere Menschenrechtsverletzungen, die seine umgehende Rücküberstellung nach Westeuropa erfordern.

1.(...) Herr Soysal ist seit 1995 als politisch Verfolgter anerkannt, nachdem er in der Türkei aufgrund einer zunächst 21jährigen Gefängnisstrafe mehr als sechs Jahre lang von 1980 bis 1987 unter schwersten Folterungen (u.a. wurde ihm sein rechtes Bein durch Folter gebrochen, die Verletzungen sind heute noch deutlich sichtbar) in dem berüchtigten Foltergefängnis Diyarbakir gesessen hat.

Nach seiner Entlassung war er landesweit aktiv in der prokurdischen Partei HEP und dem Menschenrechtsverein IHD und gewerkschaftlich tätig und hat u.a. eine Zeitschrift in Istanbul („Patriotische Arbeiter") herausgegeben.

Am 28.07.1994 wurde in der Stadt Batman ein Attentat von türkischen Todesschwadronen auf Herrn Cenap Soysal ausgeübt, dem er knapp entkommen konnte, als er von einer Massenveranstaltung mit Freunden auf dem Nachhauseweg war.

Ende 1994 gelang ihm die Flucht nach Westeuropa, wo er weiter politisch für die ERNK tätig war.



Neben den Folterfolgen ist er wegen chronischer aktiver Hepatitis B in ärztlicher Behandlung mit laufender Interferon-Behandlung, leidet an TBC und Depressionen. Nicht nur seine in Deutschland lebende Familie (Ehefrau und drei minderjährige Kinder) und die kurdische Gemeinde haben daher Schlimmstes befürchtet, als am Tage des Besuches von Außenminister Fischer in Ankara der „Geheimdienstcoups" bekannt gegeben und behauptet wurde, Herr Soysal sei „die Nr. 2 oder 3 hinter Abdullah Öcalan". Gestern haben türkische Medien ein Foto des Mandanten in der Mitte von Geheimdienstlern veröffentlicht, das schlimmste Folterungen des Mandanten belegt – der Polizist, der dieses Fotos weitergegeben hat, wird in der Türkei als „Vaterlandsverräter" beschimpft ... und melden heute, daß er heute in ein Krankenhaus verbracht werden mußte.

Nach uns vorliegenden glaubhaften Informationen ist Herr Soysal am 02.07.1999 nach Moldawien gereist, am 13.07. abends zwischen 20.30 Uhr und 21.00 Uhr hat er das Haus seiner Freunde verlassen, um mit der Familie zu telefonieren; nachdem er nicht zurückkam, haben seine Freunde die Polizei aufgesucht die erklärte, er befinde sich bei ihnen und werde verhört. Als sie am nächsten Morgen nachfragten, hieß es, er sei überhaupt nicht bei moldawischen Behörden. Daraufhin wandten sich die Freunde an die deutsche Botschaft und internationale Behörden. Am 19.07. erhielten sie von der Polizei und dem Geheimdienst Moldawiens die Mitteilung, er werde am darauffolgenden Tage entlassen, sie brauchten sich keine Sorgen zu machen. Statt dessen dann am Mittwoche die Meldung, er sei vom MIT aus Europa in die Türkei verbracht worden – wenige Stunden vor Ankunft von Ankunft Außenminister Fischer ...

2. (...= Lt. aktuellen türkischen Nachrichten soll der Staatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht in Ankara, Yüksel, zuständig sein und die sogenannte Incommunicadohaft auf vier Tage festgesetzt haben, d.h., der Zeitraum, in dem er ohne jeden Kontakt zur Außenwelt von türkischen Sicherheitsbehörden vernommen wird, nachdem er erst gestern den Ermittlungsbehörden überstellt wurde – also offensichtlich eine Woche lang vom MIT verhört und gefoltert wurde.

Türkische Massenmedien haben ein Interview mit einem Chef des türkischen Geheimdienstes MIT, Senkal Atasagun, veröffentlicht, wonach Soysal beim Geheimdienst „sehr wichtige Aussagen gemacht habe („Sabah"). Aufgrund seiner Aussagen sollen umfangreiche Durchsuchungen und Festnahmen im ganzen Land stattgefunden haben. Nach uns vorliegenden Informationen wurde auch der Bruder in der kurdischen Stadt Batman auf dem Weg nach Ankara festgenommen.

(Aus einer Presseerklärung von Rechtsanwältin Renate Schultz, Rechtsanwalt H.-Eberhard Schultz, Bremen, 23.07.1999)

Freiheit für die Koso-Okamotos-Gruppe

Was wird mit ihnen geschehen, wenn sie nach Japan ausgewiesen werden?

Über japanische politische Gefangene ist hierzulande nur sehr wenig bekannt. Koso Okamoto, einer der international bekanntesten von ihnen, ist der eizige Überlebende eines dreiköpfigen Kommandos, das am 30. Mai 1972 auf dem Flughafen Lod bei Tel Aviv 26 Menschen tötete. Er war von einem israelischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden, kam aber im Mai 1985 zusammen mit über 1000 palästinensischen Gefangenen im Austausch gegen drei israelische Soldaten frei. Im Februar 1997 wurde eine Gruppe von Japanern, unter ihnen Koso Okamotu, im Libanon verhaftet. (Informationen nach: Tagesanzeiger vom 19.2.97)

Den Gefangenen droht die Auslieferung nach Japan. Wir veröffentlichen einen Artikel über die Haftbedingungen für politische Gefangene in Japan sowie einen Brief der im Libanon inhaftierten Gruppe. Beide haben wir aus einem Rundbrief zu Gefangenen aus der japanischen Roten Armee, der auf englisch erschienen ist und von FreundInnen des Infos übersetzt wurde.

Was erwartet Ahmad Okamoto nach seiner Auslieferung nach Japan?

4. Februar 1999

Liebe Freunde,
laßt uns Euch über Mr. Maruokas Fall erzählen. So könnt Ihr Euch selbst ein Bild von der japanischen Polizei und dem voreingenommenen vorgehen der Anklagevertreter machen, mit denen Ahmad Okamoto sehr wahrscheinlich konfrontiert sein wird.

Haftbedingungen politischer Gefangener in Japan

Verhaftungen

Am 21.11.1987 wurde Maruoka (ein japanisches Rote-Armee-Mitglied) auf dem Flughafengelände Narita unter der falschen Beschuldigung „Behinderung von Beamten bei ihrer Pflichtausübung" verhaftet. Was war geschehen? Während mehrere Polizisten ihn umrundete und befragten, fiel einer von ihnen aus eigener Schuld zu Boden und schrie: „Er behindert uns in unserer Arbeit". Maruoka wurde nach der Verhaftung in aller Eile nach Tokyo ins Polizeihauptquartier (PAH) gebracht, und somit begannen 83 Tage Untersuchungshaft. Später verhaftete ihn die Polizei wieder, weil mit seinem Paß etwas nicht in Ordnung war. Am 12. Dezember 87 ließ die Polizei ihn frei, aber nur, um ihn zum dritten Mal außerhalb desselben Gebäudes zu verhaften. Beschuldigt wurde er der „Flugzeugentführung" (der sogenannten Dacca-Operation 77), bei der die Freilassung von zehn Gefangenen aus einem japanischen Gefängnis, 6 Mio. $ Entschädigung und 1,5 Mio. $ als Entschuldigung für die Lydda-Operation 1972 in Israel gefordert wurden) und wurde für weitere 21 Tage eingesperrt.

Am 18. Januar 1988 wurde er unter einem anderen Entführungsvorwurf verhaftet (der sog. Dubai-Operation 1973. Forderung war die Freilassung mehrerer politischer Gefangener aus japanischen Gefängnissen und eine große Summe Geld als Entschuldigung und Entschädigung von Israel für die Lydda-Operation 1972) und für weitere 21 Tage festgenommen.

Die Untersuchung belief sich auf insgesamt 83 Tage (vom 21. November 87 bis zum 12. Februar 1988). Es gab überhaupt keine physischen Beweise, weder Fingerabdrücke noch Zahnabdrücke, die Stimmenvergleiche verliefen negativ. „Beweise" waren einzig „Zeugenaussagen". Während dieses Zeitraums war es ihm verboten, Besuch zu bekommen, bis auf seine Anwälte, seine Mutter und seine jüngere Schwester (nur mit Erlaubnis der Anklagebehörde). Er war weggesperrt in einer PAH-Einzelzelle, in der er rund um die Uhr mit Fernsehkameras überwacht wurde. Körperliche Bewegung war ihm nur für 15 Minuten täglich gestattet, auch da war er immer alleine.

Die Bedingungen im Tokyo-Gefängis-Zentrum (TDC)

anhaltendes Besuchsverbot – für mehr als zwei Jahre nach seiner ersten Verhaftung 1987;

Haft in einer Einzelzelle für 12 Jahre ab seiner Verhaftung. Zuerst war Maruoka eingesperrt in einer „Selbstmordzelle" mit Rund-um-die-Uhr-Fernsehüberwachung, Metallscheiben in den Fenstern (du kannst nicht nach außen sehen, du bekommst keine frische Luft, und in dem schwülen japanischen Sommer hast du das Gefühl zu ersticken). Dann wurde er in eine andere Einzelzelle verlegt. Etwa 2mal im Jahr müssen die Gefangenen im TDC die Zellen wechseln.

Das Leben in einer Einzelzelle macht dich verrückt. Das Fehlen der Kommunikation mit anderen Menschen bringt deine Stimmbänder zum Versagen. Du mußt sogar sitzen und schlafen nach Vorschrift (in welcher Stellung/Richtung. Wie sitzen, wie schlafen, für alles gibt es Vorschriften). Du hast nur die Freiheit aufzustehen, um zur Toilette zu gehen, dein Gesicht oder deine Hände zu waschen. Das ist alles. So, in einer Einzelzelle kannst du ganz alleine ein völlig ruhiges Leben genießen. Dir bleibt, Briefe zu schreiben, Bücher zu lesen oder zu meditieren. In den Einzelzellen ist es ziemlich hell. Obwohl es um 21.00 Uhr „Licht aus" heißt, ist da noch immer das Licht von den Fluren. Ganz besondere Aufmerksamkeit muß dem Umbau des TDC gewidmet werden. Denn ein neunstöckiger ultra-moderner Knast soll entstehen. Gefangene werden nicht mehr in die Sonne kommen,



Strafzelle im Tokyo-Gefängnis-Zentrum. Die Zelle ist vollständig schallisoliert. Der Gefangene ist gefesselt

sogar „körperliche Übungen außerhalb" werden garantiert innerhalb des Gebäudes sein, nicht außerhalb.

Medizinische Versorgung

Maruoka ist auf einer Krankenstation, denn er erlitt einen Rückschlag seines chronischen Herzleidens. Im Winter 96 badete er sehr „lauwarm", und dadurch bekam er eine schwere Erkältung, aus der sich eine Lungenentzündung entwickelte. Er bekam keine angemessene Behandlung und dazu noch Nahrung, die in keinster Weise auf die Bedürfnisse eines Kranken abgestimmt ist. Das führte dazu, daß sich sein körperlicher Allgemeinzustand sehr verschlechterte. Die Knastleitung verweigerte das Ersuchen seines Anwalts, ihn in ein Krankenhaus außerhalb des Knastes zu verlegen. Maruokas Herz setzte für mehrere Minuten aus, aber irgendwie überlebte er es.

Ein anderes Beispiel ist Frau Ekita (Mitglied der japanischen Roten Armee, sie ist in der Frauenabteilung, auch in einer Einzelzelle. Im Moment steht sie vor Gericht.) 1998 wurde sie wegen „gewalttätigen Verhaltens" bestraft, weil sie auf ihren Tisch (ca. 50 x 70 cm, 45 cm hoch, für das Einnehmen der Mahlzeiten, Schreiben von Briefen in der Einzelzelle) einschlug, um gegen die neuesten Knastbestimmungen zu protestieren. Mit diesen war den Gefangenen verboten, alle Bücher und Papiere, die sie für ihre Prozeßvorbereitung benötigen und die eine Höhe von 2m überschreiten, zu behalten.

Sie wurde gezwungen, den ganzen Tag in der vorgeschriebenen Haltung zu sitzen, sogar für das Waschen ihrer Hände benötigte sie eine Erlaubnis der Schließer. Sie durfte keinen Besuch haben, Lesen oder Schreiben war ihr auch verboten. Ihre chronischen Hämorrhoidenleiden verschlechterte sich so sehr, daß TDC beschloß, ihre Bestrafung für eine Zeit zu unterbrechen und ihr die Möglichkeit zur Operation zu geben. Unmittelbar nach der OP wurde sie zurück in die Einzelzelle verlegt. Es gab aber keine medizinisch qualifizierten Schließer, die auf sie hätten aufpassen, ihr helfen können. Eine Krankenschwester kam jeden Tag zu ihr, um zu sehen, wann sie soweit genesen ist, daß die unterbrochene Bestrafung fortgeführt werden kann. Die Bestrafung wurde fortgesetzt, als sie so weit genesen war, daß sie wieder feste Nahrung zu sich nehmen konnte. Aber sie hat noch starke Schmerzen.

Brief an die Freunde des Komitees von Koso Okamoto und seinen GenossInnen

Liebe Freunde,
zunächst möchten wir unsere Anerkennung und Dankbarkeit für Eure stetige Hilfe und Unterstützung zum Ausdruck bringen.

Wir sind erfreut, den 27. Jahrestag mit Euch zu begehen.

Vor 27 Jahren gingen drei junge JapanerInnen, die damals gerade in Eurem Alter waren, in das besetzte Palästina, um dort gegen die israelischen Besatzungskräfte zu kämpfen. Sie kämpften bis zur letzten Kugel gegen den Feind auf dem Lydda-Flughafen. Sie waren junge RevolutionärInnen, die an den Internationalismus und die Selbstaufopferung glaubten.

Die Operation verstärkte die Solidarität zwischen den palästinensischen, arabischen und japanischen Völkern mit ihrem Internationalismus und ihrer Selbstaufopferung, welche den gemeinsamen Wert der Menschlichkeit zum Ausdruck brachte. Mehr noch: Sie schuf die Grundlage einer internationalen Zusammenarbeit zwischen den Völkern; und ihre Praxis der Opferbereitschaft bewies, daß diese Art des Kampfes wahre Solidarität unter den Völkern entwickelt und daß die Opferbereitschaft von RevolutionärInnen das Wesen einer revolutionären Bewegung sein sollte.

Als Vermächtnis der Lydda-Operation haben wir unseren Kampf auf der Grundlage von Internationalismus und Opferbereitschaft entwickelt.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten in Osteuropa hat sich die internationale Situation drastisch verändert. Die neue Situation erfordert, daß wir unseren Kampf entsprechend den neuen Bedingungen entwickeln. Doch Internationalismus und Opferbereitschaft sind damit wichtiger als je zuvor geworden.

Im nächsten Jahr beginnt das 21. Jahrhundert. Wir müssen für das neue Jahrhundert Hoffnung entstehen lassen. Wir müssen auf dem gemeinsamen Wert der Menschlichkeit, dem Respektieren und Verteidigen der Souveränität von Völkern und Nationen bestehen und internationale Solidarität entwickeln. Wir müssen eine neue Welt der Hoffnung schaffen.

Wie die Aktion der Zapatistas in Chiapas eine Botschaft war und neue Kämpfe für die Befreiung der Menschheit anregte, zeigte Euer Kampf für die Befreiung von Arnoun ein anderes Beispiel von neuen Kämpfen.

Wenn wir aus geschichtlichen Lektionen und der Kreativität der neuen Generation – wie der Euren – im Kampf lernen wollen, müssen wir für Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in jedem Bereich sozialen Lebens kämpfen, den Kampf gegen jede Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechts führen und internationale Solidarität aufbauen, die nicht nur politisch, sondern ebenso wirtschaftlich sozial ist. Wir glauben, daß dieser Kampf zur Hoffnung des 21. Jahrhunderts führen wird.

Anläßlich des 27. Jahrestages des Lydda-Unternehmens, dem letzten Jahrestag im 20. Jahrhundert, möchten wir, die JRA-Gefangenen im Libanon, unserem Willen Ausdruck verleihen, in diesem Kampf einer neuen Ära unseren Platz zusammen mit Euch einzunehmen. Wir setzen unseren Kampf für unsere Freilassung und für politisches Asyl im Libanon fort, gegen unsere Auslieferung, damit wir uns dem neuen Kampf anschließen können.

Zum Schluß möchten wir noch einmal unsere Anerkennung für Eure Unterstützung und Hilfe in unserem Fall bekunden.

Laßt uns gemeinsam dem 21. Jahrhundert entgegengehen.

JRA-Gefangene im Libanon, 30. Mai 1999



Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, email: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.de – Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluß für Nr.223: So, 29.8.99***